de

Parvus

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

Handelskrisis und Gewerkschaften

Nebst Anhang:

Gesetzentwurf über den achtstündigen Normalarbeitstag.

Verlag:

M. Ernst

München.

Gerock, Fr. 1899

„Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze."

Bisher sind erschienen:

1. Heft: **Die Philosophie in der Sozialdemokratie** von Prof. Huber. 2. Auflage. 40 S. 40 Pfg.

Prof. Huber bietet hier eine eingehende Würdigung der Geschichtsphilosophie von Lassalle, Marx und Engels, seine Ausführungen gehören zweifellos zu den werthvollsten, die von nicht sozialdemokratischer Seite über diesen Stoff gemacht wurden.

2. Heft: **Vorrede zum System der erworbenen Rechte** von Ferdinand Lassalle. Mit einem Nachwort Lothar Buchers. 2. Aufl. 20 S. 20 Pfg.

3. Heft: **Die Juden als Verbrecher.** Eine Beleucht. antis. Beweisführung von Dr. H. Lux. 32 S. 40 Pfg. 2. Aufl. Der Verf. schreibt:

„Es lag nicht in meiner Absicht, den Juden auf Kosten der Christen rein zu waschen, meine Absicht war vielmehr nur, darzuthun, daß aus der Kriminalstatistik mit Leichtigkeit auch das Gegentheil von dem bewiesen werden kann, was die Antisemiten beweisen."

4. und 5. Heft: **Das Evangelium eines armen Sünders** von Wilhelm Weitling. Mit ein. Vorw. v. Ed. Fuchs. 2. Neudr. 128 S. 80 Pfg.

Diese Broschüre ist neben den „Garantieen der Harmonie und Freiheit" zweifellos die bedeutendste Schrift Weitlings. Vorliegender Neudruck ist nach der ersten im Jahre 1845 erschienenen Erst-Auflage hergestellt. Die von Weitling in der 2. und 3. Auflage gemachten Erweiterungen sind im Anhang zu „Die Menschheit rc." enthalten.

6. Heft: **Der historische Materialismus u. Die Werttheorie** von Karl Marx, beide populär dargest. v. J. Stern. 2. Aufl. 32 S. 30 Pfg.

7. Heft: **Einfluß der Krisen und der Steigerung der Lebensmittelpreise auf das Gesellschaftsleben.** Eine statistische Studie von J. S. 24 S. 30 Pfg.

. . . . Soweit aber unsere Kenntniß der statistischen Literatur ausreicht, kennen wir keine einzige Arbeit, in der für ein und dasselbe Land und dieselben Zeitabschnitte ein so umfangreiches, alle wichtigeren Erscheinungen des Gesellschaftslebens umfassendes und streng wissenschaftlich geordnetes Zahlenmaterial zusammengetragen ist, als dies in der vorliegenden Arbeit gethan wurde".

8. Heft: **Der Sozialismus, Rückblick auf das Alterthum.** Von Prof. Huber. 71 S. 60 Pfg.

Der Verfasser, der als einer der gründlichsten Kenner des orientalischen, griechischen und römischen Alterthums bekannt ist, bietet für das Studium des Sozialismus eine Fülle des schätzenswerthesten Materials in diesen 71 Seiten.

9. Heft: **Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte** von Wilhelm Weitling. Mit einem Anhang zu „Das Evangelium eines armen Sünders". 84 S. 60 Pfg.

Nicht weniger interessant wie sein „Evangelium eines armen Sünders" ist der Erstling Weitling's, „Die Menschheit, wie sie ist, und wie sie sein sollte".

10. Heft: **Der hessische Landbote** von Georg Büchner, sowie **Des Verfassers Leben und politisches Wirken** von Dr. Ed. David. 74 S. 60 Pfg.

„Der hessische Landbote" wurde stets von den Sozialisten als auch von den Nichtsozialisten als „die erste sozialistische Flugschrift auf deutschem Boden" bezeichnet.

11.—13. Heft: **Utopia** von Thomas Morus. Uebersetzt und mit sachlichen Anmerkungen versehen von Dr. Ignaz Wessely. Nebst einem Vorwort von Ed. Fuchs. Mit 5 phototyp. Abbild. und dem Bildniß des Thomas Morus. 172 und XXIV Seiten. Eleg. brosch. ord. Mk. 2.—; ganz Leinen Mk. 2.50. Liebhaber-Einb. Mk. 3.50.

Die „Utopia" ist dasjenige Werk, mit dem der moderne Sozialismus seinen Einzug in die Ideenwelt hielt, sie steht in der Geschichte des Sozialismus an erster Stelle und ist somit für dieselbe von epochemachender Bedeutung.

14.—15. Heft: **Der Sonnenstaat** von Thomas Campanella. Uebersetzt und mit einer biographischen Skizze, sowie mit sachlichen Anmerkungen versehen von Dr. Ignaz Emanuel Wessely. Nebst einer Vorbemerkung von Ed. Fuchs und dem mutmaßlichen Bilde des Thomas Campanella. XVIII und 96 Seiten. Preis Mk. 1.50.

Band I, umfassend Heft 1—6, kompl., eleg. geb., Ganz-Leinen Mk 2.50.
Band II, umfassend Heft 7—10, kompl., eleg. geb., Ganz-Leinen Mk. 2.50.
Einbanddecke. Ganz-Leinen pro Band I, II und III je 30 Pfg.

Ausführliche Verzeichnisse auf Verlangen gratis und franco. — Jedes Heft wird einzeln abgegeben.

Die Handelskrisis und die Gewerkschaften

Nebst Anhang:

Gesetzentwurf über den achtstündigen Normalarbeitstag

Von Parvus. [= J. Helphand]

München 1901

Druck von M. Ernst, Senefelderstraße 4.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Verlag von M. Ernst, München, Senefelderstraße 4.

Inhalts-Verzeichnis.

Vorwort 5
Die Handelskrisis 7
Zur Theorie der Handelskrisis 14
Gründer- und Bankschwindel 21
Die Sturm- und Drangperiode des Kapitals 25
Die Bilanz des Aufschwungs 31
Die Gewerkschaften und der Aufschwung 36
Gewerkschaften und Kapital in Deutschland 40
Was nun? 44
Gewerkschaften und Sozialdemokratie 49
Anhang: Entwurf eines Gesetzes über den achtstündigen Normalarbeitstag 55

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Vorwort.

Die Debatten über den Ausschluß der Hamburger Akkordmaurer vor dem Lübecker Parteitag und auf dem Parteitag selbst haben die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die Reibungsfläche, welche zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie besteht, gelenkt. Die weitere Entwicklung hat gezeigt, daß die deutschen Arbeiter es abermals verstanden haben, einen Ausweg zu finden, bei dem die Interessen der gewerkschaftlichen wie der politischen Arbeiterbewegung in gleichem Maße gewahrt bleiben. In den Dienst der Einigung des proletarischen Klassenkampfes in seinen beiden Erscheinungsformen möchte auch ich mich durch diese kleine Schrift stellen. Das beste Mittel, Reibungen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie zu vermeiden, ist, die beiden Organisationen auf einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen, sie an ihre gemeinsamen Aufgaben in dem Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse zu erinnern.

Ohne Kenntnis der wirtschaftlichen Lage kann weder der gewerkschaftliche noch der politische Kampf mit Erfolg geführt werden. In erster Linie interessiert selbstverständlich die Handelskrisis, die bereits alle Verhältnisse beherrscht. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, die großen kapitalistischen Zusammenhänge der Handelskrisis allgemein verständlich darzulegen, ohne der Wissenschaftlichkeit der Darstellung Abbruch zu thun. Doch können wir nicht bei der Handelskrisis stehen bleiben. Es ist wichtig, zu wissen, wie es weiter werden wird, ob Aussichten auf eine Besserung der Geschäftslage vorhanden sind. Soweit es die vorliegenden Thatsachen erlauben, habe ich deshalb den Versuch gemacht, von den sich für absehbare Zeit eröffnenden geschäftlichen Aussichten ein Bild zu entwerfen. Die dann folgende Abrechnung

darüber, wem und in welchem Maße der industrielle Aufschwung genützt hat, was die Kapitalistenklasse, was der Staat und was die Arbeiterklasse während der industriellen Prosperität erreicht haben, bedarf wohl keines Kommentars. Ich habe ferner die gegenwärtige Kampfesstellung der Gewerkschaften und der Kapitalistenklasse in Deutschland zu skizzieren gesucht. Der leitende Grundsatz war mir dabei, daß es nichts gefährlicheres geben kann, als die eigene Macht zu überschätzen und die feindliche Macht zu unterschätzen. Lieber umgekehrt!

Ob ich nun in den sich dem Ganzen anschließenden Erörterung der nächsten Aufgaben der Gewerkschaften in ihren Zusammenhängen mit der Sozialdemokratie Recht habe, darüber mag Jeder sich ein kritisches Urteil bilden. Ich möchte aber besonders auf den Gesetzentwurf über die Einführung des Achtstundentages die kritische Aufmerksamkeit meiner Leser lenken. Jede öffentliche Kritik ist mir willkommen, ich möchte aber auch alle jene Leser, besonders aus Arbeiterkreisen, die aus irgend welchen Gründen nicht dazu kommen sollten, ihre Kritik öffentlich zum Ausdruck zu bringen, bitten, mir etwaige kritische Bemerkungen brieflich — per Adresse des Verlages — zukommen zu lassen.

Der meiste Inhalt dieser Broschüre war bereits in der Artikelserie „Die Gewerkschaften und die Sozialreform“ der von mir herausgegebenen sozialdemokratischen Zeitungskorrespondenz **„Aus der Weltpolitik“** veröffentlicht worden. Die sehr günstige Aufnahme dieser Artikel seitens der Parteipresse hat mich ermuntert, eine Anzahl von ihnen als Broschüre herauszugeben. Doch konnten nicht sämtliche Artikel in der Broschüre Platz finden; anderseits wurden die zwei letzten Kapitel und der Gesetzentwurf neu hinzugefügt.

Parvus.

Die Handelskrisis.

„Weder lassen sich Zeichen eines ökonomischen Weltkrachs von unerhörter Vehemenz feststellen, noch kann man die inzwischen eingesetzte Geschäftsbesserung als besonders kurzlebig bezeichnen. Es erhebt sich vielmehr die dritte Frage. . . . Nämlich, ob nicht . . . wenigstens für eine längere Zeit allgemeine Geschäftskrisen nach Art der früheren überhaupt als unwahrscheinlich zu betrachten sind.“

(E. Bernstein Voraussetzungen d. S. Stuttgart 1899, Seite 70.)

Wir befinden uns inmitten einer regelrechten allgemeinen Handelskrisis. Sie beschränkt sich weder auf besondere Industriezweige, noch auf besondere Länder. Sie ist ebenso in Deutschland, wie in England, Frankreich, Oesterreich, Italien, Belgien, Rußland, den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Sie ist zuerst in Rußland aufgetreten und schien einen lokalen Charakter zu tragen. Die besonderen russischen Verhältnisse — die Verelendung des Bauerntums und die chronische Finanznot des Staates — haben aber blos den Ausbruch der Krisis beschleunigt, nicht selbst die Krisis hervorgerufen, die vielmehr ein regelrechtes Produkt der kapitalistischen Entwicklung war. Das zeigte sich in dem hartnäckigen Charakter dieser russischen Vorkrisis, darin, daß alle Mittel zu ihrer Eindämmung versagten. Wenn auch die russische Handelskrisis eine sehr bedeutende Wirkung auf den industriellen und den Geldmarkt Europas hatte, so war sie doch noch nicht

imstande, die gewaltige Vorwärtsbewegung der industriellen Produktion zu brechen. Der Hauptschlag kam im April, Mai vorigen Jahres aus Nordamerika und traf gleich die Eisenindustrie, d. h. das Rückgrat der gesamten modernen Industrie.

Der Rückschlag auf dem amerikanischen Eisenmarkt übertrug sich auf den englischen und dann auf das festländische Europa. Bald wurde auch die Textilindustrie, diese empfindlichste aller Industrien, in Mitleidenschaft gezogen. Die schwankenden Rohstoffpreise trieben hier die Dinge auf die Spitze. Als Dritter im Bunde trat die Bauindustrie auf, die schon längst unter Geld- und Materialteuerung zu leiden hatte. Nun wurde alles andere mit in den Strudel gezogen. In direktem Zusammenhang mit der Baukrisis steht, nach den Berichten der Handelskammern, der Geschäftsrückgang in der Bleiwaren-, Holz-, Farbenindustrie, im Schieferhandel, in den Ziegeleien, in der Thonröhren-, Kalk- und Mörtelindustrie. Die Krisis in der Textilindustrie beeinflußte ihrerseits eine Reihe von Industriezweigen. „Durch den allgemeinen Rückschlag, den das gewerbliche Leben in der Textilindustrie um die Mitte des Jahres erfuhr, sind auch die Färbereien und Appreturanstalten in Mitleidenschaft gezogen worden. . . . Dem schlechten Geschäftsgang in den Färbereien entsprechend, hat sich der Konsum in Chemikalien und Farbstoffen wesentlich vermindert und muß das Ergebnis dieser Branche als sehr ungünstig bezeichnet werden.“ (Bericht der Handelskammer Barmen.) Unter der Krisis in der Eisenindustrie, Textilindustrie 2c. begann die Maschinenindustrie zu leiden. Die elektrische Industrie und die Fahrradindustrie haben sich auf eigene Faust in eine Ueberproduktion hineingearbeitet, auch in der Konfektion machte sich seit längerer Zeit Geschäftsflauheit geltend — jetzt wurden sie erst recht in die rückläufige Bewegung hineingezogen und förderten auch ihrerseits den Rückgang. Es gehört zur Charakteristik der allgemeinen Handelskrisis, daß sie alle lokalen, partiellen Krisenherde in sich aufnimmt, überall verschärfend, auflösend wirkt und sämtliche zerstörende Wirkungen zu einem, alles niederreißenden Orkan vereinigt. Nun wurden auch die Lederriemenindustrie, die Glasindustrie, die Waggonfabriken und der Schiffbau mit ergriffen. Und als der Geschäftsrückgang allgemein wurde, sahen sich schließlich auch die Kohlenbergwerke veranlaßt, die Förderung einzuschränken und die Preise

herabzusetzen. Damit war der Kreis geschlossen, die allgemeine Handelskrisis fertig. Der Ausgangs- und Endpunkt dieses Rundlaufs der Krisis — Eisen und Kohle — sind keineswegs zufällig, sie entsprechen wichtigen Produktionszusammenhängen.

Mehr als ein halbes Jahr brauchte die Krisis, um sich vollkommen auszubreiten und das Feld zu behaupten. Das Kapital setzte sich zur Wehr und versuchte mit aller Macht, der um sich greifenden Geschäftsstockung Einhalt zu thun. Das führte zu gewaltigen Kontraktionen und Erweiterungen auf dem Markte — Konvulsionen des Handels. „Der Stillstand ist keineswegs allgemein und gleichmäßig in allen Geschäftszweigen eingetreten. Er hat sich vielmehr auf verschiedenen wirtschaftlichen Gebieten durch eine Reihe von Schwankungen der Konjunktur nach oben und nach unten hin eingeführt, wie sie seit einer Reihe von Jahren in der Häufung und in dem Umfange nicht zu verzeichnen gewesen sind. . . . Beispielsweise hat der Warenmarkt die Erscheinung gezeigt, daß ein Artikel von der Bedeutung der Baumwolle zunächst eine Preissteigerung von zirka 100 % erfuhr, um hernach erheblich zurückzugehen. Ein ähnlich riesiges Hinaufschnellen der Preise ist in Wolle vor sich gegangen, hat jedoch bald wieder einem Sturze auf ungefähr den früheren Preis weichen müssen.“ (Handelskammer Hamburg.) In gleicher Weise, fast mit denselben Worten berichtet der englische „Economist“ über die Vorgänge auf dem englischen Eisenmarkt. Noch stärker waren die Schwankungen auf dem Geldmarkt — wir erinnern an den großen Kurssturz in den Oktobertagen 1900. Die Geldklemme wurde nur zeitweilig und scheinbar überwunden und es gelang dem Kapital, trotz aller Anstrengungen nicht, der Krisis Einhalt zu thun, die mit dem Beginn des Jahres 1901 bereits öffentliche, amtliche und allgemeine Anerkennung fand und nunmehr die Situation beherrscht.

Ein besonderer Charakterzug der gegenwärtigen Handelskrisis ist es, daß sie seit lange vorausgeahnt und gesagt wurde und dennoch überraschend kam. Seit 1896 haben die Handelszeitungen vor übermäßigen Gründungen, vor übertriebener Spekulation gewarnt und von Zeit zu Zeit Alarmartikel über die heranbrechende Handelskrisis losgelassen. Auch die Handelskammern übten äußerste Vorsicht in der Beurteilung der Situation. Allein die bösen Ahnungen —

es konnten nur Ahnungen sein, denn wissenschaftliche Erkenntnis der Handelskrisen ist nur vom revolutionär-sozialistischen Standpunkte möglich — wurden durch den immer großartiger sich entfaltenden Aufschwung regelmäßig zu Schanden gemacht, die Kassandrarufe wurden infolgedessen spärlicher und fanden kaum mehr Beachtung. Die Sozialreformer beeilten sich, die ungestörte Aufwärtsbewegung der kapitalistischen Industrie, frei ins Unendliche, als eine Art Offenbarung ihren Gläubigen vorzulügen und machten ein breites Gefeire über die Segnungen der Produktionsentwicklung, wobei sie die Kleinigkeit aus dem Auge ließen, daß diese Produktionsentwicklung die auf Ausbeutung beruhende Entwicklung des Kapitals ist. Aber da gerade kam der Zusammenbruch. Das war nun allerdings eine Ueberraschung. „Niemand hat wohl an einen so plötzlichen Rückschlag, wie er thatsächlich eingetreten ist, geglaubt.“ (Jahresb. der Börse zu Essen.) „Wer vor einem Jahre .... auch nur von der Möglichkeit eines Rückschlags sprach, der konnte sicher sein, von der großen Masse der unerschütterlichen Optimisten als Schwarzseher verschrieen zu werden; wer es gar gewagt hätte, bestimmt vorauszusagen, was wirklich eingetroffen ist, den hätte man für einen eitlen Thoren erklärt.“ (Frankfurter Zeitung.)

Ebensowenig wie der allgemeine Charakter der gegenwärtigen Handelskrisis wird die ihr zu Grunde liegende Ueberproduktion von irgend welcher Seite angezweifelt. Es handelt sich nicht mehr um theoretische Spekulationen, sondern um harte Thatsachen.

Das rasche Anwachsen der Produktion in den Jahren des Aufschwungs wurde von der gesamten Tagespresse mehr oder weniger genau verfolgt. Sucht man nach einem Maßstab, um die Entwicklung der Industrie in einheitlichen Zahlen messen zu können, so wird man die Eisenproduktion wählen müssen. Höchstens die Steinkohle käme noch in Betracht. Allein der Kohlenverbrauch ist aus verschiedenen Gründen ein viel weniger korrekter Anzeiger der Produktionsentwicklung, als das Eisen. Erstens wird die Steinkohle nicht nur zu Produktionszwecken, sondern als Heizungsmittel in den Wohnungen verwendet. Zweitens hängt der Kohlenverbrauch eng zusammen mit der Verwendung der Dampfkraft, dieser aber steht gegenüber die Ausnützung der Wasserkraft (in den Vereinigten Staaten über ein Drittel der

gesamten in der Industrie angewandten Energie), der Gas-, Petroleum- und sonstigen nicht auf Dampferzeugung beruhenden Motoren. Drittens ist der Kohlenverbrauch selbst in hohem Maße abhängig von der Eisenerzeugung. Das Eisen aber bildet die Grundlage aller modernen Produktion. Wie der Naturwissenschaftler nach dem Gerippe eines Tieres dessen Gestalt zu rekonstruieren vermag, so kann man sich aus der Entwicklung der Eisenindustrie eine Vorstellung machen über die gesamte industrielle Entwicklung.

Die Entwicklung der Eisenproduktion zeigt im letzten Dezennium folgenden Verlauf:

Roheisenerzeugung

im Jahre	in der gesamten Welt	in Deutschland (mit Luxemburg)
1890	27 460 996 Tonnen	4 658 451 Tonnen
1895	29 275 156 „	5 464 501 „
1899	40 393 995 „	8 142 017 „

Die Jahresproduktion der Welt an Roheisen stieg also in den ersten 5 Jahren um 1,8 Millionen, in den letzten 4 Jahren um 11,1 Millionen Tonnen, in Deutschland in der ersten Periode um 0,8, in der zweiten um 2,7 Millionen Tonnen. Die Roheisenproduktion der Welt ist von 1895 auf 1899 um fast 40 % gestiegen, jene Deutschlands um ca. 50 %. Weder das Wachstum der Bevölkerung im allgemeinen noch das Wachstum der städtischen Bevölkerung hat mit dieser Entwicklung Schritt halten können.

Selbstverständlich kann man es nicht als Regel hinstellen, daß das Tempo der industriellen Entwicklung dem Tempo der Städteausdehnung entsprechen muß, daß aber zwischen beiden ein Zusammenhang besteht, beweist der Umstand, daß jetzt in vielen Großstädten ganze neuerbaute Stadtviertel, große vielstöckige Straßenzüge leer stehen. Der städtische Hausbau ist weit über den städtischen Zuzug hinausgeeilt, und so wie im Hausbau entstand eine Ueberproduktion in allen Produktionszweigen. Daß es dahin kommen mußte, das zeigt eben die ungeheure Beschleunigung der industriellen Entwicklung im letzten Jahrfünft an.

Zieht man das vorangehende Jahrzehnt 1880—1890 zum Vergleich heran, so findet man auch dort den gleichen Wechsel zwischen Aufschwung und Stagnation, jedoch auf geringerer Stufenleiter. 1880 war die Roheisenproduktion

der Welt 18,4 Millionen Tonnen, sie stieg bis 1883 auf 21,6 Millionen, nun trat eine Verflauung ein, welche die Produktion sogar bis auf 19,7 Millionen Tonnen herunterbrachte; 1886 setzt ein neuer Aufschwung ein, der bis 1890 dauert; während dieser Zeit vermehrte sich die jährliche Roheisenerzeugung von 20,6 Millionen Tonnen auf 27,5, d. h. um nicht ganz 7 Millionen, dann trat abermals eine Geschäftsstockung ein, so daß, wie wir wissen, zwischen 1890 und 1895 die Jahreserzeugung an Roheisen sich nur um 1,8 Millionen Tonnen vermehrte. Während des Aufschwungs der 90er Jahre war die erreichte Steigerung der Jahresausbeute anderthalbmal so groß, wie während des Aufschwungs der 80er Jahre (11 Millionen gegen 7 Millionen), sie war sechsmal so groß, als die Steigerung in der stillen Periode 1890/95.

Wenn man nun aber auch nachträglich aus der Produktionsstatistik die sich sammelnde Ueberproduktion wohl herauslesen kann, so war es doch bis zu dem Augenblick, wo die Ueberproduktion auf dem Markte sich geltend machte, ganz unmöglich, anzugeben, wann und an welchem Punkt die Herrlichkeit des Aufschwungs zusammenbrechen werde. Vielleicht erst in etlichen Jahren, vielleicht sofort. Alles, was man sagen konnte, hat ein Industriebeamter, der Generalbevollmächtigte des Grafen H. v. Donnersmarck, des bekannten schlesischen Industriemagnaten, nach einer Schilderung der glänzenden Geschäftslage — es war im Herbst 1899 — in die klassischen Worte gefaßt: „Leider hat die Erfahrung oft genug gelehrt, daß in der Industrie nach sieben fetten Jahren in der Regel nicht sieben, sondern viel mehr magere Jahre folgen. Wenn wir mit unseren Industriellen auch die anhaltende Dauer unserer jetzigen günstigen Verhältnisse erhoffen, so werden wir doch unserem Schicksale nicht entgehen.“ Dies ein kleines Muster der von den Sozialreformern so sehr gepriesenen „Voraussicht“ eines „genialen Tantieme-Direktors“. Ein blindes Schicksal, ein Naturgesetz! Man weiß, daß man auf den Zusammenbruch hinarbeitet, und kann doch nicht anders.

Und so haben wir denn jetzt eine totale Umkehrung sämtlicher Verhältnisse innerhalb der kapitalistischen Industrie. Kürzlich erst Unterproduktion — jetzt Ueberproduktiou. Kürzlich erst Kohlenmangel, Eisenmangel, Wagenmangel — jetzt Einschränkung der Kohlenausbeute, der Eisenausbeute, Wagenangebote der Staatseisenbahnen! Soeben Arbeitermangel —

jetzt Arbeiterentlassungen. Noch Anfang 1900 hieß es, die Werke seien mit Bestellungen für das ganze Jahr, ja bis tief in das Jahr 1901 reichlich gedeckt — und schon im Sommer 1900 war die Ueberproduktion da. Soeben waren die Eisenwerke nicht imstande, die sich häufenden Aufträge zu erledigen, jetzt wissen sie nicht, wo sie das sich aufstapelnde Eisen hinthun sollen, sie müssen es unbedingt loswerden und verkaufen es zu Schleuderpreisen.

Es fand aber nicht nur eine Ueberproduktion an Waren sondern auch, und das ist ein wichtiges Moment, eine Ueberproduktion von Produktivkräften statt. Ueberall haben Erweiterungsbauten, Produktionsvervollkommnungen und neue Gründungen stattgefunden, die auf eine über den erreichten Kulminationspunkt weit hinausgehende Erweiterung des Marktes berechnet sind. Infolgedessen genügt bereits ein Anhalten der Weiterentwicklung, geschweige schon von einer absoluten Verminderung des Absatzes, um eine Ueberhäufung des Marktes hervorzurufen. Eine große Anzahl von Bergwerken, Hütten, Fabriken sind im Bau begriffen — diese erscheinen nun erst recht überflüssig. Freilich entsteht gerade deshalb ein erbitterter Kampf zwischen den neuen, mit den letzten Vervollkommnungen ausgerüsteten Unternehmungen und den alten Fabriken, der reinste Kampf um die Existenz. Das an den unfertigen Fabriken engagierte Kapital giebt sich alle Mühe, produktionsfähig zu werden, in der Hoffnung, nach dem Grundsatz: „weg mit dir, damit ich mich auf deinen Platz setze“, sich eine Position auf dem Markte zu erobern. Deshalb die Erscheinung, daß, trotz des allgemeinen Geschäftsrückgangs, mancherorts fieberhaft an der Vollendung neuer Fabriken gebaut, ja das Aktienkapital bedeutend vermehrt wird. Also trotz der Ueberproduktion, trotz der allgemeinen Produktionseinschränkungen, findet stellenweise noch immer Produktionserweiterung statt, die aus naheliegenden Gründen die Marktlage verschlimmert. Erst der Rückschlag auf dem Geldmarkt setzt ein Ziel dieser Bewegung und verwandelt sie in endlose Fallissements.

Die Ueberproduktion giebt den Grundcharakter der Krisis an, aber keineswegs ihre erschöpfende Erklärung, sie bedarf vielmehr selbst einer Erklärung. Um die Ueberproduktion sammelt sich ein ganzer Rattenkönig kapitalistischer Zusammenhänge: die Preisbewegung, die Kontraktionen und Fluktuationen des Weltmarkts, die besondere Entwicklung einzelner

Produktionszweige, die Vorgänge auf dem Geldmarkt ꝛc. ꝛc., bis auf den staatlich geschützten, patriotischen Schwindel der Kolonialpolitik und strafrechtlich verfolgbaren, wenn auch weniger gefährlichen, gemeinen Gründerschwindel. Alles zusammen erst bildet die Handelskrisis in ihrer vollen Entfaltung.

Zur Theorie der Handelskrisis.

. . . . . Wenn man endlich einsehen lernen wollte, daß Kapitalismus und Sozialismus keine sich ausschließenden Gegensätze sind".

W. Sombart. „Dennoch", S. 92.

Was die Sozialreformer am meisten charakterisiert, ist gar nicht, daß sie den Sozialismus nicht verstehen, sondern, daß sie den Kapitalismus nicht kennen. Leute, die mitten im kapitalistischen Getriebe stehen, Techniker, Fabrikdirektoren, Großkaufleute, Bankiers, haben vor der kapitalistischen Herrlichkeit oft gar keinen Respekt und jedenfalls viel weniger, als die sozialreformerischen Schleppenträger des Kapitals, die zu ihnen bewundernd hinaufblicken. Denn wer mit der kapitalistischen Produktion und dem kapitalistischen Weltmarkt zu thun hat, lernt vor allem das Gesetz des Zufalls kennen, das hier herrscht. Er lernt kennen, daß jede Einsicht und Voraussicht und Berechnung im kapitalistischen Getriebe sehr wenig zu bedeuten hat, da die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft sich in einem wilden Chaos bewegt, aus dem nur stets und immer das größere Kapital als Sieger herauskommt. Darum haben sich denn auch die Sozialreformer so bitter zu beklagen, daß sie vom Großkapital zu wenig gewürdigt werden. Für ihre Verherrlichungen des Kapitals ernten sie von diesem blos Verachtung; höchstens läßt es sie als arme Schlucker und halbe Narren gelten. Das Kapital hat selbstverständlich nichts dagegen, daß sie die Arbeiter konfus machen, aber wenn sie im Falle eines Konflikts zwischen Kapital und Proletariat ihre Arbeiterfreundlichkeit, mag das auch noch so vorsichtig geschehen, hervorkehren, wird ihnen sofort energisch übers Maul gefahren, denn in seinem Klassenkampf versteht das Kapital keine Zwischenstellungen.

Auch die Idee einer krisenlosen kapitalistischen Produktionsentwicklung konnte nur dem Gehirn eines Menschen entspringen, der in einer Dunkelkammer sitzt, die Welt nicht sieht, sondern nur ihr Schattenbild, das durch einen kleinen Ritz ein schmales Strahlenbündel auf die Tischplatte wirft: da erscheint alles in einem verkleinertem, winzigen Maßstabe, farblos, geräuschlos und ohne Reibung. Wenn aber etwas sich mit Notwendigkeit aus den innigsten Zusammenhängen der kapitalistischen Produktionsentwicklung ergiebt, so ist es die periodische Handelskrisis.

Der letzte Grund der Handelskrisis liegt in einer Thatsache, zu deren Bestätigung wir uns auf das Zeugnis der bürgerlichen politischen Oekonomie berufen wollen. Diese stellt es als kapitalistische Tugend hin, daß die Kapitalistenklasse keineswegs ihr gesamtes Reineinkommen für persönliche Zwecke verbraucht, sondern einen Teil zur Mehrung der Produktion verwendet. Nun wohl, diese „Ersparnisse“, die den Arbeitern entzogen und von den Kapitalisten nicht verbraucht werden, die aber auch nicht müßig liegen bleiben, sondern zur Vermehrung der Produktion dienen, sind eben die Hauptquelle der Ueberproduktion. Nur verdrehen die Bourgeois-Oekonomen den Sachverhalt, wenn sie diese kapitalistischen Ersparnisse auf die Entbehrung, die sich angeblich die Kapitalisten auferlegen, zurückführen. Die Kapitalisten sind einfach nicht im Stande, ihr gesamtes Einkommen zu verbrauchen, weil dieses sich viel zu rasch und in kolossalen Dimensionen vermehrt, und der kapitalistische Reichtum vermehrt sich deshalb so rasch, weil immer größere Schichten der Bevölkerung vom Kapital ausgebeutet werden. Die Ersparnisse sind also auf Seiten des Kapitalisten, die Entbehrung auf Seiten der Arbeiter.

Ueberfluß auf der einen, Mangel auf der anderen Seite sind keineswegs blos der kapitalistischen Gesellschaft eigen, sie sind ebenso alt, wie die Klassenherrschaft überhaupt. Auch der feudale Gutsherr füllte seine Speicher, Keller, Scheunen mit vielem Gut, das er nicht hat verbrauchen können, das nutzlos vermoderte und verfaulte, während die Bauern Hunger litten. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch genügt also noch nicht, um die kapitalistischen Handelskrisen zu erklären. An dieser Thatsache scheiterten die meisten Krisentheorien. Wir gehen direkt zu Marx über. Wo die anderen die Lösung gefunden zu haben glaubten,

sah Marx erst das Problem. Nicht das war zu erklären, wie Ueberfluß und Mangel die Produktion hindern, sondern, wie der kapitalistische Ueberfluß erst die Produktion fördert, um sie dann zum Zusammenbruch zu treiben. Die Eigenart des kapitalistischen Ueberflusses ist, daß er zugleich Kapitalanhäufung ist, wie Marx sich ausdrückt, der „erweiterten Reproduktion des Kapitals“ dient. Nicht der Ueberfluß, sondern die produktive Verwertung des Ueberflusses ist das Kennzeichnende. Zwischen der „Unterkonsumtion“ und der Handelskrisis entdeckte Marx eine ganze Welt — die Entwicklung des kapitalistischen Weltmarkts. Und diese großartige Entdeckung, die Marx neue Horizonten eröffnete, erscheint dem kurzsichtigen Blick eines Ed. Bernstein als Widerspruch: einerseits sieht Marx in der Unterkonsumtion „den letzten Grund aller wirtschaftlichen Krisen“, anderseits aber behauptet er, daß damit noch nichts erklärt sei! Wie leicht konstruiert man doch Widersprüche, hat man erst den leitenden Gesichtspunkt verloren. Was man selbst nicht zusammenzufassen versteht, rechnet man dem anderen als Widerspruch an. Gedankenträgheit, Lückenhaftigkeit des Denkens und des Wissens, Geistesarmut jeder Art verschanzen sich am liebsten hinter Widersprüchen.

Die Kapitalvermehrung treibt zur Erweiterung der Produktion. Die Erweiterung der Produktion schafft selbst einen Mehrbedarf: um die neuen Fabriken zu errichten, um mehr Waren zu produzieren, braucht man Arbeiter, Angestellte ꝛc., sie werden bezahlt und kaufen dann, was sie nötig haben. Das Kapital bringt also thatsächlich Geld unter die Leute, aber nur, um aus ihnen Geld herauszubekommen. Es thut es nicht umsonst, sondern es will verdienen. Mit der Erweiterung der Produktion steigt die Kapitalanhäufung erst recht, immer mehr freies Kapital sammelt sich in den Händen der Kapitalistenklasse, immer weiter treibt sie die Produktionsentwicklung, die aus sich selbst den Marktbedarf erzeugt und stets über den Marktbedarf hinauseilt. Diese Thatsache hat eine kardinale Bedeutung zum Verständnis der kapitalistischen Entwicklung überhaupt. Der ganze Eroberungszug des Kapitals um die Welt, die Umwälzung der Produktion, die es vollbringt, hängt damit zusammen. Die entferntesten, ungünstigsten Erdteile werden aufgesucht, um Kapital unterzubringen. Die Machtmittel des Staates, Heere und Kriegsflotten werden in Bewegung gesetzt, um dem

Kapital die Freiheit zu sichern, in China oder sonst wo Eisenbahnen zu bauen. Kolossalbauten werden unternommen, um nur dem Kapital neue Anlagen zu schaffen. Kapital wird nach überallhin, an die bankerottesten Staaten ausgeboten, um es nur aus dem Lande los zu werden. Auch der Militarismus wird zu einem bedeutenden Teil — durch Anleihen — aus dem Kapital gespeist. Aber trotz der ungeheueren Verschwendung, die bei alledem stattfindet, vermehrt sich das Kapital in immer größerem Umfange. Zugleich steigert die Entwicklung der Technik die Produktivkräfte. Infolgedessen vermehrt sich die Produktion noch viel rascher, als das Kapital. So wälzt das Kapital immer größere Produktionsmassen heran, stets mit vermehrter Wucht über den erreichten Stand hinausstrebend. Fassen wir nun die Entwicklung bei einem Moment ins Auge, da sich thatsächlich neue Produktionsperspektiven eröffnen, z. B. neue Länder mit Eisenbahnen zu bedecken, wichtige technische Aenderungen durchzuführen, neue Goldgruben auszubeuten seien 2c. 2c. — das alles stand auch im Ausgangspunkt des industriellen Aufschwungs, den wir soeben durchlebt haben — so wird nun das Kapital mehr oder weniger rasch die Produktionsvermehrung über ihren unmittelbaren Bedarf hinaustreiben, es wird aus sich selbst heraus durch Häufung der industriellen Bevölkerung, durch fortgesetzte Anlagen neuer Werke den Markt erweitern, aber je weiter diese Entwicklung schreitet, destomehr verwandelt sich die Produktionsvermehrung in eine Vermehrung um der Vermehrung selbst willen, destomehr stützt sich jede neue Gründung auf die vorangehende Gründung, sodaß gleichsam in die Luft hinausgebaut wird, destomehr fließt die Verzinsung des Kapitals aus dem Kapital selbst, bis das Mißverhältnis so stark wird, daß das ganze Gebäude zusammenbricht. Nun folgt die Liquidation des Aufschwungs. Ein großer Teil dessen, was soeben geschaffen wurde, wird zerstört, geht verloren, die allgemeine Panik hemmt die Produktionsentwicklung überhaupt, bis nach einiger Zeit eine Beruhigung eintritt, abermals Produktionsperspektiven sich eröffnen und dasselbe Spiel sich von neuem wiederholt. Das sind die periodischen Handelskrisen. Ihr letzter Grund besteht gewiß darin, daß das Kapital den Reichtum, den die Volksarbeit schafft, dem Volk entzieht, sodaß sich ein Unterschied bildet zwischen dem Volksbedarf und der Kaufkraft des Volkes, zwischen der Kaufkraft des Volkes

und dem Produktionsumfang, aber zwischen dieser Thatsache und der Handelskrisis liegt die kapitalistische Umwandlung des Produktionsfortschritts in einem Ausbeutungsprozeß. Das schließt nicht aus, worauf Marx und Engels besonders verweisen, daß zur Zeit des Aufschwungs eine Besserung der Lage der Arbeiter eintritt; trotzdem kann ja die Kapitalanhäufung ihre Riesendimensionen behalten; eine Verschärfung ergiebt sich schon aus der Entwicklung der Produktivkräfte, die, selbst bei einer absoluten Vermehrung des Arbeitereinkommens, den Anteil der Arbeiter am gesellschaftlichen Produkt vermindert.

Die Handelskrisis und die kapitalistische Produktionsentwicklung haben eine gemeinsame Wurzel: die Anhäufung von Kapital in den Händen der Privatbesitzer der Produktionsmittel. Beide sind deshalb unzertrennlich. Die kapitalistische Produktion kann sich gar nicht anders entwickeln, als durch den Wechsel von Aufschwung und Krisis. Die Handelskrisen sind nicht anders zu beseitigen als samt den Grundlagen der kapitalistischen Produktion.

Die Mehrung des kapitalistischen Reichtums findet in kolossalen Dimensionen statt. Nach der Schätzung erfahrener Techniker, anerkannter Autoritäten der Technologie, beträgt das in den Eisenbahnen der Welt angelegte Kapital rund 150 Milliarden Mark. Bei 4 % Verzinsung wirft das den Besitzern der Eisenbahntitel oder der vom Staate an Stelle der Eisenbahnaktien herausgegebenen Schuldscheine jährlich ein Einkommen von 6000 Millionen Mark ab. Das allein die Eisenbahnen. Nun denke man noch an die Banken, Bergwerke, Fabriken, Schiffswerften und Schiffahrts-Gesellschaften, an die städtische Grundrente, an die Straßenbahnen, Stadtbeleuchtungsanstalten 2c. 2c., und man wird sich so ungefähr eine Vorstellung machen können, welchen gewaltigen Reichtum die Produktion jährlich, nach Abzug aller Betriebskosten, Abschreibungen, Arbeitslöhne 2c., der Kapitalistenklasse zufließen läßt. Den Anreiz nun, den diese Kapitalanhäufung in den Händen Weniger zur Erweiterung der Produktion giebt, verwandelt die Konkurrenz in ein gebieterisches Muß. Versuchen wir, uns darüber Klarheit zu schaffen, wie das geschieht.

Solange die Handelskrisis nicht eingetreten, kann das Kapital nur rein erfahrungsgemäß, weil die Entwicklung noch immer diesen Verlauf nahm, voraussehen; daß es „auch

diesmal seinem Schicksal nicht entgehen“ werde, für den Moment aber hat es vielmehr allen Grund zur Annahme, daß die Produktion sich ungestört fortentwickeln werde: schafft doch thatsächlich die Produktionserweiterung selbst einen Marktbedarf. Der einzelne Kapitalist — es kann auch eine Kapitalistengruppe, ein Syndikat, Kartell sein — wird sich dieser Illusion umsomehr noch hingeben, als er ja außerdem die Möglichkeit besitzt, seinen Absatz auf Kosten Anderer zu erweitern. Die kapitalistische Produktionsentwicklung ist aber auch noch von einer fortwährenden Umwälzung der Produktion begleitet. Jede Verbilligung der Produktion, ob sie nun aus einer technischen Erfindung, der Konzentration des Betriebs oder sonst welchen Ursachen resultiert, eröffnet den Kapitalisten, die sie zuerst einführen, die Möglichkeit einer scheinbar unbeschränkten Beherrschung des Weltmarkts. Aehnliche Aussichten eröffnen jene Erfindungen, die den Umkreis der Produktion erweitern: z. B. elektrische Beleuchtung, Fahrrad, Schreibmaschine u. a. m. So sehen wir denn in allen kapitalistischen Betrieben das Bestreben, nicht etwa blos die gesamte gesellschaftliche Produktionserweiterung für sich allein zu absorbieren, sondern den übrigen Produzenten den Boden zu entziehen und durch Zerstörung aller bisherigen Produktion unbeschränkten Raum für die eigene Produktionsentwicklung zu schaffen. Die kapitalistische Produktionsentwicklung hat stets die Tendenz, den kapitalistischen Weltmarkt durch Schaffung einer neuen, auf anderen technischen Grundlagen aufgebauten und umfassenderen Weltproduktion von Innen heraus zu sprengen. Wer nun innerhalb des allgemeinen Stürmens und Drängens zurückbleibt, wird niedergerannt. Der Kapitalist, der seine Fabrik nicht auf dem Laufenden des technischen Fortschritts zu halten vermag, ja auch nur nicht mehr imstande ist, den Umfang seines Betriebs zu erweitern, wird von der Konkurrenz überholt, durch billigere Offerten, größere Leistungsfähigkeit, kürzere Lieferungsfristen seiner bisherigen Kundschaft beraubt, zur Aufgabe des Geschäfts gezwungen. Arbeitet der Kapitalist auch noch mit fremdem Geld, und bei der modernen Entwicklung des Kredits ist das allgemein der Fall, so steht er vor der nackten Frage: fortgesetzte Erweiterung des Betriebs oder Bankerott. Die ganze Entwicklung wird durch die Entwicklung des Geldmarkts eminent gefördert. Jede Verbilligung des Kredits wirkt wie eine technische Erfindung, welche die

Produktion in ihren allgemeinsten Grundlagen verbilligt. Billiges Geld ist wichtiger für die kapitalistische Produktion, als billiges Eisen, billige Kohle, billiges Brot. Es ist klar, daß, wenn der Industrielle einen geringeren Prozentsatz für das geliehene Kapital zu bezahlen hat, er sich mit einem geringeren Profit begnügen und billiger produzieren kann.

Zur Zeit eines großen industriellen Aufschwungs, wie wir ihn soeben hatten, kann eine derartig rapide Erweiterung der Produktion stattfinden, daß eine zeitweilige Umkehrung der Konkurrenzverhältnisse eintritt. Die Nachfrage nach Eisen, Steinkohle, Maschinen, Arbeitshänden, Rohstoffen aller Art steigt in solchem Maße, daß das Angebot hinter dem Marktbedarf zurückbleibt. Die Fabriken sind mit Aufträgen überhäuft und statt sich gegenseitig zu unterbieten, diktieren sie nun den Warenabnehmern ihre Bedingungen. Die Warenpreise steigen. Das giebt einen neuen mächtigen Anreiz zur Produktionserweiterung. Zugleich steigt der Bedarf nach Geldkapital. Infolgedessen steigt der Zinsfuß. Die Banken, in denen sich gegenwärtig so ziemlich der gesamte Kredit konzentriert, können gar nicht anders, als den Zinsfuß und den Diskontosatz erhöhen. Sie müssen ihren Gläubigern mehr bezahlen, da sonst die Geldleute vorziehen würden, ihr Kapital direkt in industriellen Unternehmungen anzulegen, statt es bei der Bank zu deponieren; und da den Banken selbst der Kredit teuerer zu stehen kommt, müssen sie den Diskontosatz bezw. den Zinsfuß für von ihnen gewährte Darlehen erhöhen. Die Aktiengesellschaft, obwohl selbst von den Banken gespeist, tritt zugleich als Konkurrent der Bank auf, indem sie sich direkt an die Geldbesitzer wendet und ihnen den gesamten Reingewinn der Produktion verspricht. Es tritt die eigentümliche Erscheinung ein, daß, währenddem die Depots der Banken sich vermindern, ihr Wechselbestand enorm anwächst: alle Welt will Geld von den Banken haben, indessen gleichzeitig ihr Kapitalzufluß sich vermindert. Das war die Ursache der wiederholten Geldklemmen, deren schärfste im Herbst 1899 eintrat. Sie waren Anzeichen der Produktionssteigerung und verkündeten zugleich die heraufziehende Handelskrisis.

Aber je mehr sich die Teuerung fortpflanzt und allgemein wird, destomehr wird sie aus einer Förderung zum Hindernis der Produktionsentwicklung. Bei der Geldteuerung liegen die Zusammenhänge klar zu Tage. Was nun die Waren-

teuerung anbetrifft, so ist sie vor allem, aus einer komplizierten Reihe von Gründen, eine ungleichmäßige und kann gar nicht anders sein. Sie baut sich in einer endlosen Stufenfolge auf, wie die Ueberproduktion aus sich selbst immer weitere Steigerung emportreibend; z. B. nach folgendem Schema: Primäre Wirkung — es steigen die Kohlenpreise, infolgedessen die Eisenpreise, infolgedessen die Maschinenpreise. Rückwirkung I — weil die Maschinenpreise steigen, steigen die Eisenpreise, steigen die Kohlenpreise. Rückwirkung II — weil die Kohlenpreise steigen, steigen die Eisenpreise, steigen die Maschinenpreise. Rückwirkung III — es steigen die Eisenpreise, steigen die Kohlenpreise u. s. w. Weil nun die Preissteigerung eine ungleichmäßige ist, so stellt sich bald heraus, daß dieser oder jener Produktionszweig oder mehrere zugleich ihr nicht mehr folgen können. Man erinnert sich an die allgemeinen Klagen über die Kohlenteuerung, welche in der letzten Zeit des Aufschwungs immer dringender, verzweifelter wurden. Endlich konnte das von der Kohle am meisten abhängige Eisen sich nicht mehr auf dem hohen Preisniveau halten, die Eisenpreise stürzten und damit begann die rückläufige Bewegung. Das Sinken der Eisenpreise entwertete alle neue Fabrikanlagen, alle Maschinerie, die während der Teuerung gekauft wurde, alle Unternehmungen, die auf eine weitere Steigerung der Preise berechnet waren. Die Eisenindustrie glaubte, durch Verbilligung der Eisenpreise einen größeren Absatz zu erlangen, statt dessen begann nun ein allgemeiner Preissturz und Produktionsrückgang. Die Kohlengruben glaubten, der rückwärtigen Preisbewegung Einhalt thun zu können und versteiften sich auf ihren Preisen — das verschärfte nur den Zusammenbruch, in den sie schließlich selbst hineingezogen wurden.

Die Preisbewegung auf dem Warenmarkt und Geldmarkt, die dem Aufschwung folgt, beschleunigt den Ausbruch der Krisis, die Konkurrenz bricht sich Bahn im allgemeinen Zusammenbruch.

Gründer- und Bankschwindel.

Was ist Schwindel? Die Frage ist nicht minder schwer zu lösen, als die andere: was ist Wahrheit? Ja, es giebt keine theologische Frage, die so verzwickt wäre, wie diese

Frage der kapitalistischen Jurisprudenz. Das Strafgesetzbuch definiert Betrug als Vorspiegelung falscher Thatsachen, um sich auf Kosten Anderer einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Aber zwischen dieser Begriffsbestimmung und dem Leben liegen die zahllosen Paragraphen der Handels-, Börsen-, Sozietätsgesetze, von denen sich eine Welt von Advokaten, Richtern und Rechtsgelehrten ernährt. Dieser ganze Apparat ist ein lebender Beweis dafür, daß auf Grundlage des Privateigentums eine Grenze zwischen dem rechtsmäßigen und unrechtsmäßigen Erwerb sich überhaupt nicht ziehen läßt.

Zur Zeit des Aufschwungs, als die kapitalistische Welt in fieberhafter Ungeduld darauf drängt, schnell großes Geld zu machen, haben die professionellen Schwindler, die direkt auf eine Verletzung der Strafgesetzparagraphen hinausgehen, selbstverständlich das leichteste Spiel. Doch diese zielbewußten Schwindeleien fallen kaum in die Wagschale gegenüber jenem Schwindel, der sich aus den Verhältnissen selbst ergiebt, als unbeabsichtigter und oft für seine Veranstalter selbst sehr unangenehmer Schlußeffekt auftritt. Der Schwindel ist eine ebenso gesetzmäßige Begleiterscheinung der Handelskrisis, wie diese selbst das gesetzmäßige Ergebnis der kapitalistischen Produktionsentwicklung.

Es wird z. B. eine Aktiengesellschaft gegründet. Sie fußt vielleicht auf irgend einer neuen Erfindung und mag sehr gute Aussichten haben. Geschieht das nun zur Zeit des geschäftlichen Aufschwungs, so wird sich sofort die Börse der neuen Unternehmung bemächtigen. Sie wird den Aktienkurs hochtreiben. Noch bevor die Fabrikanlagen fertig sind, noch bevor auch nur die geringste Warenmenge produziert worden ist, wird sie auf reine Mutmaßungen hin die zukünftige Rentabilität der Unternehmung im voraus feststellen und dementsprechend den Kurs hochschrauben. Die Börse folgt dabei ihren Konkurrenzgesetzen. Denn wer die Aktien hat, hat die Dividende, folglich gilt es, sich schnell in den Besitz der Aktien zu setzen — wer auch nur solange warten wollte, bis die erste Jahresbilanz erscheint, würde das Nachsehen haben. Unsere Aktiengesellschaft erfreut sich also eines glänzenden Kursstandes und ist schon gerade dadurch von vornherein zu einer übernormalen Rentabilität verpflichtet. Sie ist gebunden, sie muß eine derartige Rentabilität herauswirtschaften, daß der hohe Aktienkurs damit gedeckt werde. Und wenn auch die Gründer das Gefühl haben sollten, daß

die Börse die voraussichtliche Rentabilität der Unternehmung überschätzt, so eröffnet ihnen doch der unerwartet große Kapitalzufluß, der sich aus der Steigerung des Aktienkurses ergiebt, die Möglichkeit, durch Produktionserweiterungen die Rentabilität zu steigern. So treibt die Börse die neue Unternehmung über ihre ursprüngliche Basis hinaus. Dadurch werden die Gewinnchancen vermehrt, aber auch das Risiko. Hat die Gesellschaft, wie wir vorausgesetzt haben, eigene Patente, so bekommen die letzteren auf einmal einen hohen Kapitalwert. Die Gründer werden von allen Seiten um Ueberlassung der Patente, um Errichtung von Zweiggeschäften bestürmt. Kapital fließt von allen Seiten zu und die Kurse steigen in einem fort. So kann die Börse die Kurse bis zu einer Höhe hinauftreiben, die eine Rentabilität ausschließt, einen Kurssturz nach dem Bekanntwerden der Betriebsergebnisse unvermeidlich macht. Nun denke man sich aber auch noch, daß die patentierten technischen Verfahren sich im Betriebe denn doch weniger rentabel erweisen, als man ursprünglich erwartete, sei es, daß die Anlagen oder der Betrieb selbst teuerer zu stehen kommen, als man voraussetzte, oder der Absatz mit gewissen Schwierigkeiten verbunden ist, oder die Konkurrenz die Preise heruntersetzt oder die allgemeine Marktlage sich verschlimmert u. s. w., u. a. m. Die Situation wird kritisch. Unsere glänzende Unternehmung steht vor dem Zusammenbruch. Die Direktion sinnt nach einem Ausweg: vielleicht werde es gelingen, die Produktionskosten herabzusetzen, vielleicht lasse sich durch Verwendung verschiedener Nebenprodukte eine höhere Rentabilität erzielen — vor allem gilt es, Zeit zu gewinnen. Aber die Bilanz? Nun, da ist ja noch alles im Unklaren, alles im Werden: an den Anlagen wird noch gebaut, jeden Tag werden neue Zweiggeschäfte, Tochtergesellschaften gegründet, Patente werden verkauft und angekauft — wenn die Direktion nicht extra darauf hinausgeht, den wunden Punkt aufzudecken, wird man ihn im allgemeinen rechnerischen Chaos nicht entdecken. Die Hauptsache ist, eine fette Dividende muß ausgeworfen werden! Eine solche herauszurechnen, bietet keine besonderen Schwierigkeiten, das Geld wird vom Kapital genommen, das im Ueberfluß vorhanden. Das läuft nun fürs erste glatt ab. Aber je weiter, desto schlimmer wird die Sachlage. Indessen die Direktion krampfhafte Anstrengungen und immer gewagtere Versuche macht, um eine dem übermäßigen Kurs-

stand entsprechende Rentabilität zu erzielen, wird die fortgesetzte Erweiterung und Verzweigung des Geschäfts zum Mittel einer bewußten Verschleierung der unbefriedigenden Bilanz. Um die Gründung von Zweiggeschäften zu fördern, übernimmt nun das Stammgeschäft diesen gegenüber weitgehende Garantien und unterstützt sie durch Kapital. Daraus entwickeln sich Verhältnisse z. B. folgender Art: Die Stammgesellschaft verkauft an die Tochtergesellschaft ihre Patente, bestimmte Einrichtungen 2c. zu einem hohen Preis, sie garantiert dagegen dieser einen bestimmten Jahresumsatz, das Kapital der Tochtergesellschaft wird zu einem großen Teil vom Stammgeschäft gedeckt. Die Bilanz der Tochtergesellschaft kann nicht ungünstig sein, denn sie hat ja einen gesicherten Absatz; jene des Stammgeschäfts erscheint sogar doppelt günstig: erstens wegen des vorteilhaften Verkaufs der Patente an das Zweiggeschäft, zweitens wegen der Anteilnahme an dem Gewinn des letzteren; indessen sammeln sich auf beiden Seiten unverkaufte Warenmengen. Das Verhältnis wird so verwickelt, daß jeder ehrliche Mensch dabei zum Betrüger werden müßte und nur das betrügerische Genie der Gründer sie vor diesem Schicksal zu bewahren vermag. Und doch haben wir vorausgesetzt, daß das Unternehmen auf gesunder Grundlage beruhte: es wäre blos durch den Börsenverkehr, also die Konkurrenz auf dem Geldmarkt, in den Schwindel hineingetrieben.

Unser Schema ist keineswegs willkürlich, es ist eine genaue Wiedergabe der Vorgänge bei der Kasseler Trebertrocknungs-Aktiengesellschaft. Die Gesellschaft bildete sich, um verschiedene Patente, denen von der Technik eine große Zukunft vorausgesagt wurde, auszubeuten. Die Börse hat bald die Aktien auf 900 hinaufgetrieben. Diesen Kurs konnte der Betrieb nicht herausschlagen, zumal es sich bald zeigte, daß das Schwergericht der Unternehmung auf die Verwertung der Nebenprodukte der Fabrikation zu verlegen sei. Indessen entwickelte sich um die Kasseler Gesellschaft als Zentrum herum in der von uns geschilderten Weise eine kolossale Gründerthätigkeit, die bald einen internationalen Charakter annahm: in Frankreich, Ungarn, Rußland, in aller Welt wurden Tochtergesellschaften gegründet. Die Gründer sowie verschiedene Banken haben an den Kasseler Emissionen viele Millionen verdient. Je mehr aber die Geschäftsergebnisse bekannt wurden, desto klarer wurde es, daß die Kasseler

Werte überspekuliert waren. Die Kurse stürzten rapid, die neuen Emissionen blieben in den Kassen der Banken und das Ergebnis war der bekannte große Krach.

Dieser Fall ist typisch für den Schwindel, den die Börse mit den Gründungen treibt. Durch eine Reihe von unmerklichen Nüancen geht er in die Schwindelgründung über, d. i. eine Gründung, die von vornherein auf die Agiotage berechnet ist, also darauf, wenn die Aktien hoch genug stehen, sie zu veräußern.

Der Bauschwindel ist nur eine Abart des Gründerschwindels, aber verschärft durch das Hypothekenwesen. Auch hier ist der Schwindel das Produkt einer regelrechten Entwicklung. Der Impuls ist die Geldteuerung, die die Banken zu immer gewagteren Spekulationen treibt. Ueberhaupt sind die Banken unter den Ersten, die an einem beginnenden Geschäftsaufschwung profitieren und desgleichen unter den Ersten, die vom Zusammenbruch getroffen werden. Die Teuerung des Kredits bringt ihnen erst Vorteil, zwingt sie aber dann, um den steigenden Zinsfuß herauszubringen, immer neue und vorteilhaftere Kapitalanlagen zu suchen. Bald können sie nicht mehr warten, daß von ihnen Kapital verlangt werde, sondern sie müssen selbst Gründungen vornehmen. Das führt dazu, daß sie als Gläubiger und Schuldner in einer und derselben Geschäftstransaktion erscheinen, z. B. daß sie Aktien einer Baugenossenschaft besitzen, deren Grundstücke sie mit Hypotheken beleihen. Solange der Geschäftsaufschwung mit seiner lebhaften Transaktion auf dem Geld-, Waren-, Grundstückmarkt andauert, wickeln sich die Verhältnisse ebenso leicht ab, als sie sich verwickeln. Tritt aber die Krisis ein, so reißen alle Zusammenhänge und vom Schwindel rettet nur noch eine genaue Kenntnis der Handelsgesetze.

Die Sturm- und Drangperiode des Kapitals.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion geht durch Aufschwung und Krisis. Das ist Gesetz. Stets und immer, wenn man nur einen genügend langen Zeitraum ins Auge faßt, wird man diese Wellenlinie wahrnehmen. Aber das giebt nur den Charakter der Bewegung an, nicht

ihre Größe und nicht ihre Schnelligkeit. Diese hängen stets von konkreten Verhältnissen ab, von den thatsächlichen Zusammenhängen auf dem Weltmarkt. Die Wellenbewegung der kapitalistischen Produktionsentwicklung bedingt eine ungleichmäßige Entwicklung des Weltmarktes. Aber auch unabhängig davon braucht jede Entwicklung Zeit, bis sie ihre höchsten Effekte erzeugt. Es giebt nun Zeitpunkte, da die Entwicklung auf allen Gebieten der kapitalistischen Volkswirtschaft — in der Technik, auf dem Geldmarkt, im Handel, in den Kolonien — soweit herangereift ist, daß eine eminente Erweiterung des Weltmarktes stattfinden muß, die gesamte Weltproduktion auf eine neue, viel umfassendere Basis gehoben wird. Dann beginnt eine Sturm- und Drangperiode für das Kapital. Der periodische Wechsel von Aufschwung und Krisis wird dadurch nicht beseitigt, aber der Aufschwung entwickelt sich in einer stärkeren Progression, die Krisis wirkt schärfer, ist jedoch von kürzerer Dauer. So geht es, bis die angesammelten Entwicklungspotenzen zu ihrer vollen Entfaltung gelangen. Dann findet der schärfste Ausbruch der Handelskrisis statt, welche schließlich in die wirtschaftliche Depression übergeht. Die wirtschaftliche Depression ist durch eine Verlangsamung der Produktionsentwicklung charakterisiert. Sie kürzt die Größe des Aufschwungs und seinen Spielraum, dehnt dagegen die Handelskrisis aus, die aber dadurch ihre Schärfe verliert. Man gewinnt fast den Eindruck, als ob die Produktion überhaupt sich nicht mehr emporarbeiten kann, bis die Entwicklungspotenzen zu einer neuen Sturm- und Drangperiode herangereift sind.

Jede Sturm- und Drangperiode des Kapitals umfaßt also mehr als einen Aufschwung und mehr als eine Krisis; desgleichen die wirtschaftliche Depression. Dieser große Wechsel im Tempo der Weltmarktsentwicklung ist aber erst auf einem sehr vorgeschrittenen Stadium der kapitalistischen Produktionsentwicklung wahrnehmbar. Marx und Engels kennen nur noch den einfachen Wechsel von Aufschwung und Handelskrisis, nicht die größeren Perioden einer beschleunigten und verlangsamten Entwicklung, innerhalb deren sich Aufschwung und Krisis abspielen. Erst der lange Zeitraum der wirtschaftlichen Depression, welche die große Handelskrisis vom Ende der 70er Jahre ablöste, die ihrerseits eine mit den 60er Jahren beginnende Sturm- und Drangperiode abschloß,

lenkte die Aufmerksamkeit auf die Eigenart der Erscheinung. Sofern die sozialistische Kritik von ihrem negativen Gesichtspunkte aus vor allem die geringe Ausdehnung und die leichte Erlahmung der Aufschwungsperioden ins Auge faßte, konstruierte sie die Theorie der „chronischen Ueberproduktion." Die bürgerliche Oekonomie legte, umgekehrt, das Schwergewicht auf den gelinderen Charakter der Krisen und fabulierte von einer gesicherten Entwicklung der kapitalistischen Produktion, nachdem erst die Flegeljahre des Kapitalismus überstanden sind. Der Schreiber dieser Zeilen ist zuerst durch das Studium der Agrarkrisis zur Erkenntnis des relativen, zeitweiligen Charakters der wirtschaftlichen Depression geführt worden. Und eine Untersuchung der faktischen Lage auf dem industriellen Weltmarkt ließ deutlich die heranbrechende Sturm- und Drangperiode erkennen.

Thatsächlich nahm schon 1895 der industrielle Aufschwung ein Tempo an, an das man längst nicht mehr gewöhnt war. Als ich im Frühjahr 1896 von der „Sächs. Arb.-Ztg." den Auftrag erhielt, diese Erscheinung, die alle Welt überrascht hatte, zu erklären, habe ich in meinen Artikeln ganz besonders hervorgehoben, daß wir es nicht blos mit einem ungewöhnlichen Geschäftsaufschwung, sondern mit einer neuen Sturm- und Drangperiode des Kapitals zu thun haben. Da diese Unterscheidung sehr wichtig ist zum Verständnis der industriellen Aussichten, die sich in diesem Moment eröffnen, so erlaube ich mir, aus meiner damaligen Schrift einige Zeilen in Erinnerung zu bringen. Ich schrieb also vor nunmehr 5 Jahren: „Die wirtschaftliche Depression ist zu Ende — es beginnt eine neue Sturm- und Drangperiode der kapitalistischen Industrie. Das darf aber nicht so aufgefaßt werden, daß nunmehr keine Rückschläge erfolgen werden und lauter Prosperität herrschen werde. Es handelt sich vielmehr nur um das Tempo der Entwicklung, die immerhin den Gesetzen der kapitalistischen Wellenbewegung folgt. Die wirtschaftliche Depression hatte ja auch ihre Steigerungs- und Niedergangszeiten. Aber das lief alles im kleinen ab, verlor sich in der Breite, weil es zu wenig in die Tiefe ging. Nunmehr wird der industrielle Aufschwung ganz andere Anläufe machen, einen weit größeren Umfang erreichen, der Zusammenbruch schroffer und schärfer auftreten, zerstörender wirken, der neue Aufschwung noch mehr kolossale Dimensionen annehmen, bis das ungeheuere, in Angriff genommene Produktionsgebiet

von Grund aus durchwühlt ist und die entfesselten, enorm entwickelten Produktivkräfte wieder keinen Ausweg mehr finden."

Die erste Probe auf die Richtigkeit dieser Auffassung wurde schon im Herbst 1896 gemacht. In der Textilindustrie trat eine Geschäftsverflauung ein. Gewöhnt an ein schnelles Zusammensinken des Aufschwungs, erwartete man bereits eine Handelskrisis. Das wurde auch auf unserem Gothaer Parteitag anläßlich der Forderung einer Verschärfung der Agitation für den Achtstundentag seitens der Parteileitung hervorgehoben. Demgegenüber hielt ich daran fest, daß eine partielle Geschäftsstockung nur im Zustand der wirtschaftlichen Depression eine allgemeine Handelskrisis nach sich ziehen kann, daß aber die von mir prognostizierte Sturm- und Drangperiode der Industrie sich gerade dadurch auszeichnet, daß während ihrer Dauer der Aufschwung über lokale Störungen in einzelnen Industriezweigen sich leicht hinweggesetzt. Ich ging noch weiter und erklärte, daß eine allgemeine Handelskrisis nur noch in der Eisenindustrie ihren Ausgangspunkt nehmen kann. Man weiß, daß die Thatsachen diese Auffassung durchaus gerechtfertigt haben.

Um Einsicht in die bevorstehende Entwicklung des Weltmarktes zu gewinnen, sehen wir nun vor allem zu, wie sich jene Momente entwickelt haben, welche die neue Sturm- und Drangperiode der Industrie eingeleitet hatten. 1. Ein sehr wichtiges Moment war die industrielle Entwicklung Rußlands, die durch die Liquidation der Bauernwirtschaft angespornt, durch den französischen Milliardenpump befruchtet wurde. Der Staat baute mit den geliehenen Millionen Eisenbahnen, und daran schloß sich eine treibhausartige Entwicklung des Bergbaues, der Maschinenindustrie und der Industrie überhaupt an. Ende 1894 gab es in Rußland 34581 Werst Eisenbahnen, Ende 1899 schon 48091. Innerhalb 5 Jahre wurden 13500 Werst Eisenbahnen gebaut, mehr als sonst in einem Jahrzent. Außerdem befanden sich Anfang 1900 noch 7711 Werst im Bau. Wie befruchtend das auch auf die deutsche Industrie wirkte, ersieht man daraus, daß die deutsche Warenausfuhr nach Rußland von 195 Millionen Mark im Jahre 1894 auf 437 Millionen 1899 stieg, also mehr als eine Verdoppelung. Voriges Jahr verminderte sich bereits diese Ausfuhr infolge der russischen Krisis um 78 Millionen. Nun ist Rußland an

einen toten Punkt gelangt und Dank seinem verrotteten politischen System und dem Jammer der bäuerlichen Zustände kann es sich viel schwieriger davon losmachen, als sonst ein kapitalistisches Land. Allein die Hauptlinien seiner weiteren industriellen Entwicklung lassen sich klar erkennen. Die Golddistrikte Sibiriens werden, wenn erst eine regelrechte Eisenbahnverbindung mit der kulturellen Welt hergestellt werden wird — was freilich, trotz den offiziösen Reporterberichten, noch lange nicht der Fall ist — Kapital und Menschen an sich locken. Durch die Annektion der Mandschurei, durch das Vordringen bis nach Peking werden ebenfalls der Entwicklung Sibiriens neue Perspektiven eröffnet. Noch wichtiger ist die Entwicklung in Russisch-Zentralasien und dem Hinterland des Kaukasus. Diese an Naturschätzen ungemein reichen Gebiete sind auf dem besten Wege, ein russisches Ostindien zu werden. Es stecken dort viel mehr Entwicklungspotenzen, als in ganz Afrika zusammengenommen. Von den weiteren kolonialpolitischen Ausdehnungsbestrebungen Rußlands, die aber durchaus nicht im Bereich der Phantasie liegen, sehe ich an dieser Stelle ab. 2. Ein weiteres wichtiges Moment war die Verlegung des ökonomischen Schwerpunktes der Vereinigten Staaten von Nordamerika von der Landwirtschaft auf die Industrie. Seitdem sind die Vereinigten Staaten nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu einem kapitalistischen Industriestaat geworden. Diese Entwicklung wird allgemein verfolgt, wir können uns also eine Aufzählung der Thatsachen sparen. Die deutsche Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten stieg, trotz der Zollerhöhungen, 1894 bis 1900 von 271 auf 440 Millionen Mark. Die industriellen Potenzen Nordamerikas sind erst im Anfange ihrer Entwicklung, überdies werden mit der Erbauung des Nicaragua-, oder Panamakanals, die nur noch eine Frage kurzer Zeit ist, auch Zentral- und Südamerika in einem viel höheren Maße, als gegenwärtig, an der Erweiterung des industriellen Weltmarktes teilnehmen. 3. Die rasche Steigerung der Goldproduktion. Sie führte zur Ueberspekulation. Die verworrenen Verhältnisse finden jetzt ihre blutige Lösung auf dem südafrikanischen Kriegsfelde. Durch den Krieg ist die Goldproduktion Transvaals von 3,9 Millionen Unzen im Jahre 1898 auf 0,3 Millionen 1901 heruntergegangen. Der Versuch, durch Steigerung der Goldproduktion in Westaustralien den Ausfall zu decken, führte zu einer Raubwirt-

schaft, die mit einem ganz enormen Kurssturz endete: der Kurs einzelner westaustralischer Minenwerte ist von 13¾ auf 2½, von 40 auf 2⅜, von 32 auf 2 u. s. w. gesunken. Gerade dadurch wird die Situation vorbereitet zu einem neuen Goldfieber, wenn erst der Krieg zu Ende ist, einerlei auf welcher Seite der endgiltige Sieg verbleibt. 4. Die Industrialisierung Ostasiens. Der reine Warenverkehr mit China genügt dem Kapital längst nicht mehr. Man will das Land mit Eisenbahnen überziehen, dort Fabriken und Bergwerke errichten. Man unterschätzte aber den Widerstand, den die soziale Ordnung und das politische System Chinas einer kapitalistischen Revolution entgegensetzen. Wenn nun auch die Situation durch den kolonialpolitischen Uebereifer der Regierungen gründlich verfahren ist, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die Entscheidung zu Gunsten des Kapitals fallen wird. Je nach den Umständen, kann es noch etliche Jahre dauern, oder viel früher seine Lösung finden, immerhin wird in naher Zeit China zum Schauplatz einer kolossalen internationalen Gründerthätigkeit. 5. Auch auf verschiedenen anderen kolonialen Gebieten sind die Verhältnisse zur Entfaltung einer industriellen Thätigkeit herangereift. Afrika wird von Eisenbahnen durchzogen und man legt ein Eisenbahnnetz über Kleinasien. Von Kleinasien aus rückt das europäische Kapital Rußland entgegen, das in bekannter Weise seine kolonisatorische Thätigkeit in Zentralasien entwickelt. 6. Die Entwicklung der Elektrotechnik. Die 90er Jahre waren besonders durch Entwicklung der elektrischen Straßenbahnen charakterisiert. 1891 gab es in Deutschland nur drei Städte mit elektrischen Bahnen, Ende 1900 bereits 99. Die Streckenlänge ist von 583 km im Jahre 1896 auf 2868 Ende 1900, also in vier Jahren um mehr als 390 % gestiegen; dabei befanden sich noch Ende 1900 in 28 Städten Straßenbahnen im Bau. Die für die Straßenbahnen verwendete elektrische Energie ist während des gleichen vierjährigen Zeitraums von 18560 Kilowatt auf 92498 Kilowatt, also auf das Fünffache gestiegen. Nun ist der Bedarf der Straßenbahnen gedeckt — darum hat sich bei den Elektrizitäts-Gesellschaften eine regelrechte Ueberproduktion herausgestellt. Die Verwendung elektrischer Energie bei den Straßenbahnen ist aber blos der erste Versuch im großen des Gebrauchs elektrischer Kraft. Der Versuch ist glänzend abgelaufen. Nunmehr eröffnen sich erst recht glänzende Perspektiven.

Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß die Elektrizität in unserem Jahrhundert eine größere revolutionäre Wirkung ausüben wird, als der Dampf im 19. Jahrhundert.

Diese großartigen industriellen Aussichten ändern aber nichts daran, daß die Handelskrisis durchlebt werden muß. Jetzt waltet das kapitalistische Wertgesetz, das die übertriebenen Preise auf ihr soziales Maß reduziert. Die Unternehmungen werden durch Beschneidung der Kurse, Fallissements, Liquidationen, Fusionen auf „eine gesunde Grundlage", um das Börsen-Rotwelsch zu sprechen, zurückgeführt. Die kapitalistische Expropriationsarbeit ist in vollem Zuge und eine gewaltige Konzentration des Kapitals findet statt. So rüstet das Kapital zum neuen Aufschwung, der, sich auf einer breiteren Grundlage erhebend, mit größeren Kräften in's Werk gesetzt, zweifellos sich noch viel stärker entfalten wird, um mit einer noch viel größeren Wucht zusammenzubrechen.

Die Bilanz des Aufschwungs.

Es wäre interessant, festzustellen, wie sich das Einkommen der verschiedenen Gesellschaftsklassen während der Jahre des Aufschwungs entwickelt hat. Bezeichnenderweise ist aber gerade dieser Zeitraum arm an Einkommenstatistiken. Zur Zeit der wirtschaftlichen Depression war die Einkommenstatistik ein gern gerittenes Steckenpferd der sozialreformerischen Professoren. In Sachsen hat Prof. Böhmert die Einkommensbewegung regelmäßig verfolgt, für Preußen lieferte Prof. Sötbeer fleißige Arbeiten. Aber seit 1894 ist die sächsische Einkommenstatistik gänzlich eingegangen, während die preußische nur ein paar höchst allgemeine Zahlen liefert und sich wohl hütet, in die Entwicklung der großen Einkommen Einsicht zu gewähren. Wir erfahren aus der preußischen Statistik nur, daß das Einkommen der Aktiengesellschaften in Preußen im dreijährigen Durchschnitt 1894—1896 291 Millionen betrug, dagegen 1897—1899 434 Millionen, daß während dieser Zeit die Zahl der Aktiengesellschaften von 1417 auf 1629 stieg und das Durchschnittseinkommen der einzelnen Gesellschaft von 205 000 auf 266 000 jährlich, also um fast

33 %. Das Aktienkapital vermehrte sich während des gleichen Zeitraums von 3973 auf 4910 Millionen, also um fast 1 Milliarde.

Da die preußische Einkommenstatistik mit dreijährigen Durchschnitten rechnet, so stumpft sie die Unterschiede ab. Sieht man sich die Bilanzen der einzelnen Aktiengesellschaften an, so findet man in dem Zeitraum 1894 bis 1899 eine Verdoppelung, Verdreifachung, ja Vervierfachung des Reingewinns. So betrug der Reingewinn des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins 898 192 Mk. im Jahre 1894/95 und ganze 4 797 198 Mk. in 1898/99, also mehr als eine Verfünffachung, und das trotz 2,9 Millionen Abschreibungen im letzten Jahr; die verteilte Dividende stieg von 3 auf 14 %. Der Eschweiler Bergwerksverein vermehrte während des gleichen Zeitraums seinen Reingewinn von 1,1 Millionen auf 2,6 Millionen, die Königs- und Laurahütte ihren Bruttogewinn von 2 962 707 auf 8 122 009 Mk. Der Reingewinn der Deutschen Bank stieg 1895—1899 von 11,4 auf 20,3 Millionen.

Einen mehr allgemeinen Ueberblick über die Entwicklung des Kapitalbesitzes giebt die Statistik der Emissionen. Im Zeitraum 1895 bis 1900 sind auf dem deutschen Geldmarkt, nach dem Kurswert, 11573 Millionen Mark neue Emissionen aufgelegt worden. Das sind 11 1/2 Milliarden, die das Kapital während dieser 6 Jahre auf Kosten der Arbeiter „erspart“ und der Börse zugeführt hat! Ihren Kulminationspunkt hat diese Emissionsthätigkeit 1898 mit 2462 Millionen erreicht — gegenüber den 1181 Millionen vom Jahre 1895 mehr als eine Verdoppelung. Die industrielle Gründerthätigkeit im besonderen hatte ihren höchsten Punkt 1899 mit 666 Millionen (1895 blos 229 Millionen). Alles in allem wurden während des besprochenen Zeitraums in industriellen Aktien 2,3 Milliarden Mark angelegt, in Bankaktien 1 1/2 Milliarden, in deutschen Hypotheken 2,1 Milliarden. Obwohl aber die Börse einen immer größeren Teil der Kapitalakkumulation erfaßt, so geht doch noch keineswegs das gesamte angesammelte Kapital durch die Börse. Die vorstehenden Zahlen geben also noch bei weitem nicht den gesamten Kapitalzuwachs in Deutschland während der Jahre des industriellen Aufschwungs an. Sie lassen nur annähernd erkennen, welche ungeheure Reichtümer die deutsche Kapitalistenklasse, außer dem raffinierten Genuß, an dem sie es sich

nicht hat fehlen lassen, aus ihrem Mehrwert während dieser Jahre hat erübrigen können.

Nicht minder hat der kapitalistische Staat sich den Aufschwung zu Nutze kommen lassen. Die Ausgaben des Deutschen Reiches für 1894 waren 1337 Millionen, nach dem Etat für 1901 sind bereits 1910 Millionen (unter Abrechnung der Betriebsausgaben für Eisenbahnen, Post und Reichsdruckerei) vorgesehen, also 573 Millionen mehr. Nimmt man das Jahr 1894 als Norm an, so findet man, daß das Reich seitdem rund $1\frac{1}{2}$ Milliarden mehr verausgabt hat. Zu den Ausgaben des Reichs kommen aber noch jene der einzelnen Staaten. Allein das Budget Preußens stieg 1894 bis 1900 von 1936 auf 2472, also um 536 Millionen. Auch hier das Jahr 1894 als Norm genommen, beläuft sich die Mehrausgabe der letzten Jahre auf $1\frac{1}{4}$ Milliarden. Wir haben also im Reich und in Preußen eine Mehrausgabe von $2\frac{3}{4}$ Milliarden, die der Aufschwung ermöglicht hatte. Freilich, wie immer, wirtschaftete der Staat auch diesmal über seine Mittel: die Reichsschuld stieg um 383 Millionen, die preußische Staatsschuld um 220 Millionen. Das Verhängnisvolle ist dabei, daß der kapitalistische Staat von der einmal erklommenen Höhe des Budgets nicht gern heruntergeht. Da aber die Staatseinnahmen zur Zeit des schlechten Geschäftsgangs sich vermindern, so bleibt nichts übrig als Steuererhöhungen. Auch ein Beitrag zur Sozialreform: statt dem Notstand zu wehren, kommt der kapitalistische Staat gerade während des Notstandes mit neuen Steuern!

Welchem Zweck die gesteigerten Staatsausgaben dienen, weiß man. Dem Ankauf von Kanonen und Panzerschiffen!

Nach den Jahren des industriellen Aufschwungs steht die Kapitalistenklasse in gesteigerter Machtfülle da. Sie hat ihren Reichtum, der ihr die Ausbeutung des Proletariats sichert, enorm vermehrt. Der Staat, auf den sie sich stützt, hat seine Rüstung erneuert, seine Kriegsmacht gesteigert und ist bereit, ein Heer von Hunderttausenden in Bewegung zu setzen, um dem Kapital neue Ausbeutungsquellen zu erobern. Wie steht es aber um die Arbeiter? Was hatten sie von dem Aufschwung?

Die Berechnungen der Unfallversicherung, die bekanntlich das Arbeitereinkommen viel zu hoch angeben, da sie die Löhne der jugendlichen und minder bezahlten Arbeiter mit dem „ortsüblichen Tagelohn“ in Rechnung setzen, während-

dem sie allerdings andererseits die viel selteneren über 4 Mk. hohen Löhne kürzen, ergeben für 1894 bis 1899 eine Vermehrung des durchschnittlichen Einkommens der gewerblichen Arbeiter um nicht ganz 15 %. Für einige Berufsgenossenschaften im besonderen stellt sich die Lohnsteigerung wie folgt: Knappschafts- 18 %, Schlesische Eisen- und Stahl- 11,7 %, Rh.-Westf. Maschinenbau- 11,6 %, Rh.-Westf. Hütten- 10,5%, Norddeutsche Holz-Genossenschaft 10 %, Genossenschaft der chemischen Industrie 9,5 %, Nordöstl. Baugewerks- 9,3 %, Buchdrucker- 7,8%, Sächsische Textil- 8,5%, Tabak-Genossenschaft 0 %. Bieten diese Steigerungen des durchschnittlichen Arbeitereinkommens schon an und für sich ein jämmerliches Bild, so sind sie, wenn man die angeführten Daten der Kapitalansammlung während des gleichen Zeitraums in Betracht zieht, Hohn und Spott auf jede sozialreformerische Harmonieduselei. Und erst die absolute Höhe dieser Einkommen! Das um 15 % gestiegene Durchschnittseinkommen der gewerblichen Arbeiter betrug 1899 volle 752 Mk., nicht einmal 15 Mk. die Woche! Damit kann nicht einmal ein Einzelner menschlich leben und doch muß oft damit und mit noch weniger eine ganze Familie auskommen!

Doch auch diese miserable Einkommensteigerung war infolge der allgemeinen Teuerung zu einem Teil illusorisch. Die Brotpreise waren bis 1897 und 1898 gestiegen, um dann etwas nachzulassen — immerhin stehen sie jetzt noch bedeutend höher als 1894. Im Jahre 1898 war an einzelnen Orten der Weizenmehlpreis um 30—40 bis 50 % höher als 1894. Auch die Kartoffeln sind gegenüber 1894 im Preise gestiegen und an vielen Orten die Fleischpreise. Der kleine Hauhaltungsbedarf verteuerte sich bis auf Seife, Tinte, Papier. Die Petroleumpreise sind um volle 40 % gestiegen, die Zuckerpreise sind gestiegen, die Preise für Heringe, für Reis. Und gestiegen ist vor allem der Mietzins! Wie sehr das letztere der Fall war, zeigt schon die Thatsache, daß das Einkommen der preußischen Steuerzahler mit mehr als 3000 Mk. Jahreseinkommen, sofern dieses Einkommen aus dem städtischen Grundeigentum fließt, 1894 bis 1898 um 19,7 % gestiegen war. Diese Zahlen geben noch durchaus nicht die wirkliche Steigerung der städtischen Grundrente, weil ein sehr großer Teil derselben als Hypothekenzins abgezogen wird; außerdem beziehen sich, wie schon erwähnt, die preußischen Zahlen auf einen dreijährigen Durchschnitt.

Die nominelle Erhöhung des Arbeitereinkommens ist nur zu einem geringen Teil durch Lohnerhöhung, zumeist aber durch regelmäßigere Beschäftigung und durch Ueberstunden erreicht worden. Die Folge davon war eine Ueberanstrengung, die Folge dieser eine Vermehrung der Unfälle. Mit der Regelmäßigkeit einer Naturwirkung stieg die Unfallziffer im Gewerbe von 6,25 pro Mille im Jahre 1894 auf 7,39 im Jahre 1899. Das Ergebnis der Unfälle seit 1885 bis 1900 ist: 21 321 Getötete, 110 109 dauernd und 76 638 vorübergehend Erwerbsunfähige. Die blutigen Kriege der letzten Jahre haben nicht soviel Menschenopfer gekostet, als allein die deutschen Arbeiter auf dem Schlachtfelde der kapitalistischen Industrie an Toten und Verwundeten verloren haben! Damit haben sie die geringe Erhöhung des Einkommens bezahlt, die ihnen dann der Hausherr und der Krämer wegeskamotiert haben.

Die im Gewerbe beschäftigte Arbeiterzahl stieg um 1,4 Millionen oder 27 %. Während des gleichen Zeitraumes hat aber die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder unter 16 Jahren um 41 % zugenommen. Schon das beweist, daß der industrielle Aufschwung eine absolute und relative Vermehrung der Kinderausbeutung zur Folge hatte. Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Kinder beträgt jetzt 213 974, darunter Kinder unter 14 Jahren 7408, gegenüber nur 4259 im Jahre 1894. Bekanntlich, bevor der industrielle Aufschwung eintrat, fand eine regelmäßige Verminderung der Zahl der Kinder unter 14 Jahren in den Fabriken statt — ebenfalls ein Stück, womit die Sozialreformer hausieren gingen.

Also, was ist die Bilanz? Das Proletariat hat unter gewaltigen Anstrengungen, die sehr vielen die Arbeitskraft auf Jahre hinaus geschwächt und das Leben gekürzt haben, unter direktem Verlust von vielen tausenden Menschenleben, unter Aufopferung selbst seiner Jugend, der Kinder im zartesten Alter, die große Arbeit geleistet. Es erhielt dafür vom Kapital einen Hungerlohn und gelegentlich ein Trinkgeld — der Bierkonsum ist um etwa eine halbe Maß wöchentlich pro Erwachsenen gestiegen. Aus der Arbeit des Proletariats ergoß sich indessen ein Milliardensegen über die Kapitalistenklasse. Der Proletarier steht zu Ende, wie am Anfang, mit leeren Händen da, er hat sein Leben durchgefristet und besitzt nun nach wie vor nichts als seine Arbeitskraft zum Verkaufe

— die Kapitalistenklasse hat aber jetzt in ihrem Privateigentum eminent erweiterte Produktionsmittel. Innerhalb der Krisis selbst, die einzelne Kapitalisten ruiniert, gelangt die Macht des Kapitals zur größeren Konzentration — das Proletariat hingegen sieht sich vor einer vermehrten Reservearmee, welche die Löhne drückt. Und indessen der Staat alle Hebel in Bewegung setzt, um dem Kapital Kolonien zu verschaffen, hat das Proletariat sichere Aussicht — auf neue Steuern!

Wer angesichts dieser Entwicklung noch von einem allmäligen Zusammenschrumpfen der kapitalistischen Macht faselt, ist ein Narr oder ein Schwindler. Der Kapitalismus ist kein Schattenbild, das je nach der Beleuchtung sich zusammenzieht oder ausdehnt, der Kapitalismus ist Wirklichkeit, der Kapitalismus ist eine ökonomische Macht, die die soziale Entwicklung sich unterordnet, eine Gesellschaftsordnung, ummauert und durch Flinten und Kanonen geschützt vom Staate, er läßt sich nicht hinwegschwätzen, er muß besiegt werden im harten Kampf, Macht gegen Macht, durch die vereinigte Kraft des sozialrevolutionären Proletariats!

Die Gewerkschaften und der Aufschwung.

Die deutschen Gewerkschaften haben während der letzten Jahre eine tüchtige Arbeit geleistet. Vergleicht man 1894 mit 1899, so findet man, daß die Mitgliederzahl sich mehr als verdoppelt hatte, sie ist von 252044 auf 596419 gewachsen; noch mehr sind die Einnahmen der Gewerkschaften gestiegen, von ca. 2,7 Millionen auf ca. 7,7 Millionen und mehr als diese die Ausgaben: von etwas über 2,1 auf nicht ganz 6,5 Millionen.*) Also in einer noch größeren Progression als die Beiträge wuchs die Leistung der Gewerkschaften: das Bild einer lebensfrischen Entwicklung.

Damit sind auch endgiltig jener Kleinglaube, jenes Mißtrauen in die Entwicklungspotenzen der Gewerkschaften, die noch 1893 auf dem Kölner Parteitag so bedauernswert

---

*) Ende 1900 war die Mitgliederzahl bereits 680427, während die Ausgaben sich auf 8088021 Mark bezifferten.

zum Ausdruck kamen, aus der Welt geräumt. Ueber den Nutzen und die Notwendigkeit der Gewerkschaften gab es, seitdem es eine einheitliche deutsche Sozialdemokratie giebt, in ihren Reihen niemals einen Streit. Alle dahin gehenden Insinuationen der bürgerlichen Sozialreformer sind dreiste Lügen und Verleumdungen. Ueber die Entwicklungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften gab es nur in den Köpfen Einzelner eine Zeit lang Zweifel und diese sind nunmehr durch die Thatsachen weggeräumt. Wir wissen, daß weder die Konzentration des Kapitals noch die staatliche Arbeiterversicherung die Entwicklung der Gewerkschaften unmöglich gemacht haben. Darüber giebt es in unseren Reihen keine Meinungsverschiedenheit mehr.

Daß die Sozialdemokratie ihren Anteil und zwar nicht gerade den geringeren, an der Förderung der Gewerkschaften während dieser Periode des Aufschwungs hatte, ist eine öffentliche Thatsache. Mag es auch der sozialdemokratischen Agitation zu Gunsten der Gewerkschaften an Konzentration, an Einheitlichkeit gefehlt haben, mag es möglich gewesen sein, der gewerkschaftlichen Bewegung durch gewisse Initiativanträge einen mächtigeren parlamentarischen Widerhall zu verschaffen, so haben doch schließlich die Kapitalistenklasse und die ihr willfährige Regierung selbst dafür gesorgt, daß die Sozialdemokratie die Reichstagstribüne zur Agitation für die Gewerkschaftsbewegung benütze. Es genügt, an die Zuchthausvorlage und an Löbtau zu erinnern. Die Zuchthausvorlage war ein ebenso rechtmäßiges Produkt des industriellen Aufschwungs, wie das Wachstum der Gewerkschaften. Um zu beweisen, wie richtig wir thun, wenn wir von der Kapitalistenklasse keine andere Politik erwarten, als jene, welche ihr ihr brutales Ausbeuterinteresse diktiert, will ich hier anführen, daß ich von diesem Gesichtspunkte aus schon in den ersten Anfängen des neuen gewerkschaftlichen Aufschwungs auf die drohende Gefahr politischer Repressalien gegen die Gewerkschaftsbewegung hinwies. Ich folgerte daraus: „Es ist gesagt worden, die deutschen Gewerkschaften bedürfen der politischen Freiheiten, des Koalitionsrechts ꝛc., um sich entwickeln zu können. Das ist richtig. Aber vor allem bedürfen sie dazu des Schutzwalls der großen politischen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie. Währenddem der gewerkschaftliche Kampf das Kapital in immer größere Erbitterung versetzen wird, muß die Sozialdemokratie durch Wahlbeteiligung,

parlamentarische Abstimmungen, allgemeine Agitation die Bourgeoisie vor politischen Ausschreitungen mit Gewalt zurückhalten und auf Erweiterung der politischen Freiheit hinarbeiten." So kam es denn auch. Das Kapital bleibt sich eben in Bezug auf das Proletariat immer gleich. Als die Sozialdemokratie sich anschickte, eine große politische Partei zu werden, kam das Sozialistengesetz. Als die Gewerkschaften nahe daran waren, eine Macht zu werden, kam die Streikvorlage. Aber da war bereits die Sozialdemokratie als mächtige parlamentarische Partei auf dem Plane und wehrte mit Erfolg der beabsichtigten politischen Vergewaltigung. Die Zeitungsartikel und Reden etlicher Professoren waren es wahrlich nicht, welche die Zuchthausvorlage zu Falle gebracht haben. Die Reichstagsmajorität fürchtete eben die Abrechnung bei den Wahlen und sie hatte die Erfahrungen des Sozialistengesetzes noch zu sehr im Gedächtnis, um ein gleiches Spiel von neuem zu wagen. Und der Haupttrumpf der sozialreformerischen Argumentation gegen die Zuchthausvorlage war schließlich nichts anderes als — der agitatorische Nutzen, den die Sozialdemokratie aus der Maßregelung der Gewerkschaften ziehen würde.

Es ist wichtig, das festzustellen: ohne die Sozialdemokratie wäre die Zuchthausvorlage Gesetz geworden. Das zeigt besser, als alle sozialreformerischen Redensarten, wo das proletarische Interesse liegt. Die Gewerkschaften wären schön daran, wenn sie zum Schutz ihrer politischen Interessen keine andere Macht ins Feld zu stellen wüßten, als das Wohlwollen einiger Professoren.

Im Augenblick der größten kapitalistischen Prosperität, als die Industrie, die Finanz, die Hausbesitzer, die Großgrundbesitzer Reichtümer über Reichtümer häuften, da hetzte das Kapital den Staat gegen die Arbeiter, da wurde über die Arbeiter die Peitsche geschwungen, um sie zu verhindern, auch nur den allerbescheidensten Teil, den wahren Bettleranteil vom allgemeinen Ueberfluß für sich zu erringen! Und ist das wirklich so sehr verwunderlich? Im Gegenteil, es ist sogar sehr natürlich: denn die Arbeiter waren es ja, aus denen jene Reichtümer ausgepreßt wurden! So kam auch diesmal der große Interessengegensatz, der die kapitalistische Gesellschaft beherrscht, zum klaren politischen Ausdruck: „Schutz der Industrie" riefen die Kapitalisten und sie verstanden darunter: Schutz der Ausbeutung!

Und Angesichts dieser Thatsachen kommen die Sozialreformer und erklären: zwischen den Gewerkschaften und dem Kapital giebt es eine Interessengemeinschaft, dagegen giebt es einen Interessenkonflikt zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie! Die Langmut der Arbeiter geht wahrlich viel zu weit, die es dulden, daß man mit derartig dreisten Lügen sich an sie heran-drängelt, um Zwietracht in ihren Reihen zu säen.

Hat sich die Sozialdemokratie abermals als die treue Bundesgenossin, als die wichtigste agitatorische und politische Stütze, als die rechte Hand der Gewerkschaften erwiesen, so bewiesen die Gewerkschaften ihrerseits auch während dieses Zeitraums ihrer gesteigerten Thätigkeit, daß sie proletarische Kampforganisationen sind. Vergleicht man die Ausgaben der Gewerkschaften einerseits für Kranken- und Invalidenunterstützung, also den wichtigsten Unterstützungsposten, anderseits für Streiks, so erhält man folgende Beträge pro Mitglied in Mark:

	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Kranken- und Invalidengeld	1,3	1,7	1,8	1,4	1,2	1,1	1,2
Streikausgaben	0,3	0,7	0,9	2,8	2,1	2,1	3,5

Das Kranken- und Invalidengeld hat — pro Mitglied — abgenommen, dagegen sind die Streikausgaben stark gestiegen, sodaß zum Schluß das Verhältnis ein umgekehrtes geworden ist und die Streikausgaben das Dreifache des Kranken- und Invalidengeldes betragen. Auch die Reiseunterstützung und die Arbeitslosenunterstützung, die aber schon zum gewerkschaftlichen Kampf gehören, haben pro Mitglied abgenommen.

Daß aber die deutschen Gewerkschaften einen so ausgesprochenen Kampfcharakter tragen, ist nicht zum geringsten das Verdienst der deutschen Sozialreform. Und so haben wir das Problem der proletarischen Politik sehr schön in seinen beiden Erscheinungsformen vor uns: kein sozialpolitischer Fortschritt ohne Sozialdemokratie, d. h. ohne starke politische Organisation des Proletariats, und jeder sozialpolitische Fortschritt wird auf dem Boden der Organisation des Proletariats zum Mittel des proletarischen Klassenkampfs.

Gewerkschaften und Kapital in Deutschland.

Bis zu welcher Gewissenlosigkeit die Sozialreformer in ihrer Umschmeichelung der Gewerkschaften gelangen, bewies am besten der Hauptklopffechter dieser Gesellschaft, Herr Professor Werner Sombart, indem er den Arbeitern einzureden suchte, die Gewerkschaften wären im Stande, eine „Sicherung gegen Störungen im volkswirtschaftlichen Organismus, gegen Krisen" darzubieten („Dennoch", Seite 87). Das ist die Wissenschaft, die der Herr Professor am Vorabend der Handelskrisis den „seichten, hirnlosen Schwätzern", den „faulen Kerls" 2c. der sozialdemokratischen Agitation entgegenhielt! Der Herr Professor ist kein fauler Kerl, nein, denn er wird vom Staat mit einem ansehnlichen Gehalt dotiert, der Herr Professor hat Kraft seines Amtes das Privileg, sein seichtes, gehirnloses Schwätzen zur tiefernsten Wissenschaft zu stempeln. Doch wenn der professorale Eigendünkel blos lächerlich ist, so ist ganz anders die perfide Taktik zu beurteilen, die dahin geht, die Gewerkschaften durch eine widerlich heuchlerische Lobhudelei zu einer Ueberschätzung ihrer Macht und Wirksamkeit zu führen, um desto leichter einen Keil zwischen ihnen und der politischen Organisation des Proletariats zu treiben.

Die Gewerkschaften haben nach den Erfahrungen der letzten Jahre wahrlich keinen Grund, zu verzagen; umso ernster tritt an sie jetzt die Pflicht heran, ohne Voreingenommenheit zu prüfen, was sie im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung erreicht haben und wie jetzt die Dinge stehen. Der Feldherr, der es nicht den englischen Generälen nachmachen will, muß sich vor allem über seine und des Gegners Stärke und Position keinen Täuschungen hingeben.

Die deutschen Gewerkschaften verausgabten von Anfang 1895 bis Ende 1899 aus ihren eigenen Kassen für Streiks $5\,^1/_4$ Millionen Mark. Nach den Berechnungen der Generalkommission waren die Gesammtausgaben für Streiks während dieser Periode 8,7 Millionen, sodaß ca. $2\,^1/_2$ Millionen aus freien Sammlungen flossen. Uebrigens, wiederum ein Beweis, wie sehr die Interessen der Gewerkschaftsbewegung mit der Sozialdemokratie zusammenhängen. Die Herrn Sozialreformer und ihre kapitalistischen Gönner waren es nicht,

welche jene 2 1/2 Millionen zusammengebracht haben, es waren Arbeiter, und zwar fast durchweg Sozialdemokraten, die jene Summen beigesteuert haben, wobei die sozialdemokratische Presse und die Agitatoren, über die Herr Professor Werner Sombart hochmütig die Nase rümpft, unschätzbare Dienste geleistet haben. Man darf annehmen, daß der Lohnausfall mindestens das Doppelte der Streikunterstützung beträgt, das wären dann 17,4 Millionen Mark. Insgesammt kosteten also den Arbeitern die Streiks, soweit die Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften reicht, mindestens 26 Millionen Mark. Die Gesammtzahl der Streikenden war nach den Berechnungen der Generalkommission während dieses Zeitraumes 366900, sodaß jeder Streikende durchschnittlich, wenn man den Lohnausfall mitrechnet, auf über 71 Mark zu stehen kam. Man sieht, der Munitionsverbrauch im gewerkschaftlichen Kampf ist sehr groß, und man begreift deshalb, warum die Leiter der Gewerkschaften Streiks möglichst zu vermeiden suchen. Man kann auch zuversichtlich behaupten, daß im allgemeinen die Streiks mit großer Umsicht eingeleitet und durchgeführt wurden. Wie war nun der Erfolg dieser Streiks?

Von sämtlichen Streiks waren Abwehrstreiks: 1895 46,0%, 1896 31,3%, 1897 42,9%, 1898 53,3%, 1899 44,5%. Ein Drittel und bis über die Hälfte der Streiks mußte also unternommen werden, um einer Verschlechterung der Lage der Arbeiter entgegenzuwirken, und das während der Periode der industriellen Prosperität! Das zeigt besser, als sozialreformerische Redensarten, wohin die kapitalistische Tendenz geht, und wenn die Sozialreformer auch nur ein Gran Verständnis für die ökonomische Stellung des Proletariats hätten, würden sie sich vor dieser Thatsache, die den Arbeitern Klassenkampf einpaukt, in Acht nehmen. Selbst ein erfolgreich durchgeführter Abwehrstreik bedeutet für die Arbeiter noch keine Besserung ihrer Lage, ein teilweise gewonnener — einen Verlust. Stellt man nun für das Jahr 1899 auf der einen Seite die ganz oder theilweise gewonnenen Angriffstreiks, auf der anderen alle anderen Streiks zusammen, so findet man, daß nur 45,5% der Streiks zu einer Besserung der Lage der Arbeiter führten, und zwar so, daß 31,4% mit einem vollen, 14,1% mit einem teilweisen Sieg der Arbeiter endeten. Ueber die Hälfte aller Streiks haben an der Lage der Arbeiter nichts gebessert,

21% endeten mit einer direkten Verschlechterung der Lage der Arbeiter. Schließlich, die alte Wahrnehmung, daß von den Abwehrstreiks viel mehr für die Arbeiter verloren gehen, als von den Angriffsstreiks, fand auch während des letzten industriellen Aufschwungs volle Bestätigung: der Prozentsatz der Verluste war bei den Abwehrstreiks mehr als doppelt so groß, wie bei den Angriffsstreiks. Das beweist, daß nur bei einer besonders günstigen Geschäftslage im allgemeinen und in jedem Einzelfall die Gewerkschaften einen Streik erfolgreich durchzuführen vermögen.

Und da kommen die Sombart, Bernstein, Konrad Schmidt und erklären, die Erfolge der Gewerkschaften führen zu einer allmählichen Expropriation der Kapitalistenklasse!

Wenn zwei moderne Armeen, in gleicher Stärke und gleich ausgerüstet, sich gegenüberstehen, so entscheidet, abgesehen von der Führung, das Gelände, die Gunst der strategischen Positionen über die Schlacht. Aber man stelle einer modernen Armee einen zusammenhangslosen Haufen, schlecht ausgerüstet und mit geringer Munition versehen, entgegen, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Haufen, mag auch auf seiner Seite alle Gunst der strategischen Situation sein, die Schlacht verlieren würde. So würden auch die Arbeiter im Kampf gegen das moderne Großkapital nie dazu kommen können, die günstige Konjunktur für sich auszunützen, wären sie nicht gewerkschaftlich organisiert. Darin liegt der Wert der Gewerkschaften. Wollten wir den Arbeitern sagen: „schließt euch den Gewerkschaften an und ihr werdet ein Paradies auf Erden erreichen“, so würden uns die Thatsachen rasch Lügen strafen und der Effekt wäre nicht eine Förderung, sondern die schlimmste Schädigung der Gewerkschaftsbewegung. Aber wir sagen den Arbeitern: „Schließt euch den Gewerkschaften an, sonst seid ihr der steigenden Macht des konzentrierten Kapitals auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.“ Die Gewerkschaften schwächen nicht die Kapitalistenklasse, aber sie stärken die Arbeiter, und diese Stärkung ist Angesichts der Thatsache, daß die riesenhafte Mehrung der Macht des Kapitals von der ökonomischen Entwicklung besorgt wird, ein unabweisbares Imperativ. Darum liegt auch das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Erfolge gar nicht in den Ergebnissen der Streiks, sondern in der Entwicklung der Organisation selbst.

Doch auch darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben. Die organisatorische Leistung der Gewerkschaften war größer, als der gegenüber dem Kapital erreichte Fortschritt, denn es waren erst die Verluste einzuholen, welche die deutschen Gewerkschaften während des schlechten Geschäftsganges seit 1890 und infolge der Maßregelungen der Bergarbeiter hatten. Für das Jahr 1890 wird die Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften, d. h., wie auch bei unseren früheren Berechnungen, mit Ausnahme der Hirsch-Dunkerschen und Christlichen, mit über 300000 angegeben, währenddem sie 1894 blos 252044 war. Legt man die Berechnungen der Unfallversicherung zu Grunde, so waren 1890 gewerkschaftlich organisiert 6 % der gewerblichen Arbeiter, 1899 dagegen 8,7 %. Es ist ein bedeutender Fortschritt, doch nicht mehr so überraschend, wie das Wachstum der Mitgliederzahl seit 1894.

Aber auch diese Zahlen entscheiden noch nicht. Von großer Wichtigkeit für den gewerkschaftlichen Kampf ist bekanntlich das Verhältnis zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern. Obwohl diese Entwicklung sich nicht zahlenmäßig festhalten läßt, so zeigt doch die ungemein rasche Vermehrung der Zahl der gewerblichen Arbeiter seit 1894 deutlich an, daß das Verhältnis sich sehr zu Ungunsten der qualifizierten Arbeiter verschoben hat. Es fand ein großer Schub vom platten Lande nach den Industriegegenden statt. Vergleicht man die Volkszählung von 1895 mit jener von 1900, so zeigen alle ländlichen Distrikte einen äußerst geringen Zuwachs oder sogar eine absolute Abnahme, während dagegen die Bevölkerung Berlins um 12,3 % zunahm, die der Provinz Brandenburg um 10,1 %, Westfalen um 18 %, Rheinland um 12,8 %, Königreich Sachsen um 10,9 % u. s. w. Allein die Bevölkerung von Rheinland und Westfalen hat um 1,2 Millionen zugenommen. So hat der industrielle Aufschwung eine Masse Arbeiter in die Fabriken geworfen, die erst zum Klassenbewußtsein erzogen werden müssen. Auch ausländische Arbeiter, besonders Italiener, wurden in Menge ins Land geführt. Schließlich hat sich ganz enorm die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Frauen und Kinder vermehrt. Man weiß, wie sehr all diese Momente den gewerkschaftlichen Kampf beeinträchtigen.

Anderseits stieg die Konzentration des Kapitals. Leider giebt es keine fortlaufende Gewerbestatistik. Soweit Material vorliegt, zeigt folgende Uebersicht die Entwicklung:

Steinkohle		Roheisen		Flußeisen		Bier	
1894	1899	1894	1899	1894	1899	1894	1899
Arbeiter pro Betrieb							
866	1143	236	336	475	677		
Produktion pro Betrieb							
222000 t	307000 t	52700 t	75400 t	31000 t	45000 t	4200 hl	6100 hl

Dabei hat im Steinkohlenbergbau und in der Bierproduktion die Zahl der Betriebe absolut abgenommen und die Vereinigung mehrerer Werke und Fabriken im Besitz der gleichen Kapitalistengruppe kommt in dieser Statistik überhaupt nicht zum Ausdruck. Wie in den registrierten Industrien, so hat überall eine gewaltige Konzentration des Kapitals stattgefunden.

Zieht man alle einschlägigen Momente in Betracht, so wird man kaum schlußfolgern können, daß sich die Stellung der deutschen Gewerkschaften im Kampf gegen das Kapital wesentlich verbessert habe; es wäre schon als Erfolg zu verzeichnen, wenn sie sich nicht verschlimmert hat. Von den besonderen Verhältnissen einzelner Gewerkschaften sehen wir dabei ab. Wer glaubt, die Gewerkschaften könnten jemals dem Kapital über den Kopf wachsen, setzt einen Stillstand der kapitalistischen Entwicklung voraus. Das giebt es aber nicht. Indessen die Gewerkschaften sich entwickeln, konzentriert sich das Kapital und werden immer neue Volksmassen proletarisiert.

Was nun?

Die guten Jahre sind vorbei, bis es wieder zu einem industriellen Aufschwung kommt, muß erst die Handelskrisis mit ihrem ganzen Elend durchgemacht werden. Welche sind in dieser Zeit die Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes?

Die erste und wichtigste ist die Stärkung der Organisationen. Wenn das Kapital durch den Aufschwung mehr gestärkt wurde, als die Arbeiterklasse, so vergessen wir doch nicht, daß es auch aus der Handelskrisis schließlich nicht geschwächt, sondern gestärkt herauskommt. Die kleineren und mittleren Banken gehen ein — auf ihre Kosten erobern sich die großen Bankinstitute das Feld. Auf Kosten der verkrachten Aktiengesellschaften erweitern sich die

bereits bestehenden kapitalistischen Kolosse. Die Fallissements ruinieren einzelne Kapitalisten und befestigen die Macht der Klasse. Kurz, die Handelskrisis führt zu einer gewaltigen Konzentration des Kapitals. Wenn nun indessen die Arbeiterorganisationen, geschweige schon vom Rückschritt, auch nur auf dem gleichen Standpunkte bleiben, so verschiebt sich offenbar die Situation zu Ungunsten der Arbeiter. Ein Kassenbestand, der noch vor kurzem einer Gewerkschaft einen bedeutenden Rückhalt sicherte, erscheint ungenügend angesichts einer Unternehmerschaft, deren Zahl sich verringerte, währenddem ihr Kapitalbesitz gewaltig gewachsen ist. Die Organisationen müssen wachsen: je mehr sich die Zahl der leitenden Kapitalistenklasse verringert, desto größere Arbeitermassen müssen vereinigt werden, um ihren Willen zu brechen. Wenn die Arbeiter zur Zeit der Handeskrisis ihre Gewerkschaften vernachlässigen, so werden sie nach der Krisis viel Zeit darauf verwenden müssen, um erst den in den Organisationen eingerissenen Schaden gutzumachen, währenddem die Unternehmer von Anfang an mit gesteigerter Macht die Gunst der Situation sich zu Nutze kommen lassen werden.

Und je mehr das Kapital sich konzentriert, desto leichter wird die Arbeit der Kartelle und sonstigen Unternehmerverbindungen. Auf Seiten der Arbeiter ist nur die Organisation, — auf Seiten der Kapitalistenklasse ist die Organisation selbst nur der Abschluß einer Entwicklung, die von Innen heraus das Kapital zu immer größeren Massen zusammenschweißt. Auf Seiten der Arbeiter ist ihre sich mehrende Zahl, — auf Seiten der Kapitalistenklasse ist nicht nur der sich viel schneller mehrende Reichtum, sondern die Vereinigung des Reichtums in den Händen einer immer geringeren Zahl von Kapitalmagnaten und die Vereinigung dieser zu einem immer engeren Verband. Wenn nun die Arbeiter nicht für die Erweiterung ihrer Organisationen Sorge tragen oder sogar es geschehen lassen, daß die Organisationen Abbruch erleiden, wie können sie da hoffen, einem Gegner gegenüber aufzukommen, dessen Macht und Organisation unaufhörlich sich mehrt?!

Freilich ist die Krisis eine schwere Zeit für die Gewerkschaften. Die Löhne sinken und der Arbeiter sucht an allem zu sparen, leider auch an seinem Beitrag für die Gewerkschaft. Noch schlimmer wirkt die steigende Arbeitslosigkeit: sie setzt den Arbeiter außer Verdienst, macht ihn thatsächlich außer

Stande, seinen Mitgliedsbeitrag zu leisten, er braucht selbst der Unterstützung. Zugleich jagt die Arbeitslosigkeit den Arbeiter auf die Arbeitssuche. Damit steigen die Ausgaben der Gewerkschaften für Reisegelder. Schon 1900, obwohl es noch im allgemeinen ein günstiges Jahr war, stiegen die Ausgaben der Gewerkschaften für Reiseunterstützung von 313 321 auf 461 028, für Arbeitslosenunterstützung von 304 677 auf 501 078 Mark. Ich begnüge mich mit diesen Zahlennachweisen, — Jeder weiß aus seiner Organisation, daß die Dinge seitdem nicht besser geworden sind. Es ist Thatsache: gerade während der Handelskrisis werden an die Gewerkschaften die größten Anforderungen gestellt. Umso größer ist die Pflicht jener Arbeiter, welche von der Handelskrisis weniger hart betroffen werden, für die Füllung der Gewerkschaftskassen zu sorgen. Man vergesse nicht, daß die Erfolge, welche die Gewerkschaften erringen, die Zugeständnisse, welche sie den Unternehmern abzwingen, nicht nur ihnen selbst, sondern der gesamten, auch unorganisierten Arbeiterschaft der resp. Berufe zugute kommen, daß aber auch die Schwächung der Gewerkschaften eine Verschlimmerung der materiellen Lage der gesamten Arbeiterschaft zur Folge haben muß. Wenn die Kassen der Gewerkschaften sich erschöpfen und diese nicht mehr imstande sind, den Druck der Arbeitslosigkeit durch Reiseunterstützung und direkte Unterstützung der Arbeitslosen zu erleichtern, so wird bald die gesamte Masse der Arbeiterschaft die Folgen davon in Gestalt von Lohnreduktionen und Entlassungen zu verspüren haben.

Man verlange aber auch nicht von den Gewerkschaften mehr, als sie zu leisten imstande sind. Das bezieht sich besonders auf Streiks. Es geht nicht an, daß man sagt: „Wir haben, solange Verdienst war, die Kassen gefüllt, jetzt wollen wir streiken, wenn uns was nicht paßt.“ Das wäre eine sehr wenig überlegte Taktik. Bei Streiks kommt es vor allem auf die Geschäftslage an. Welcher Feldherr wird denn, solange er nicht dazu gezwungen wird, eine Schlacht liefern, wenn die Verhältnisse für ihn am wenigsten günstig sind? Wie der gute Geschäftsgang aus den sich mehrenden Streikerfolgen zu erkennen ist, so kündigt sich der schlechte Geschäftsgang sofort durch eine Minderung der Streikerfolge der Arbeiter an. Während zur Zeit des industriellen Aufschwungs 1895 bis 1899 der Prozentsatz der erfolgreichen Angriffstreiks stets über 50 war, sank er schon 1900 auf

46,1 %; von den Abwehrstreiks des Jahres 1900 hatten 41,4 % einen vollen Erfolg gegen 50,5 % im Jahre 1899 und 57,7 % 1898. Während der Handelskrisis ist die einzig richtige Taktik der Gewerkschaften: Streiks, soweit nur irgend wie möglich, zu vermeiden. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß man sich seitens des Unternehmertums alles gefallen lassen soll. Aber gerade um die unvermeidlichen Kämpfe mit Erfolg durchführen zu können, ist es notwendig, daß die Kräfte der Gewerkschaften sich nicht in vielen nutzlosen Kämpfen verzetteln, die vermieden werden könnten. Also, soweit nur irgend wie möglich, muß man während dieser schweren Zeit einen Streik zu umgehen, zurückzuhalten suchen; wird er aber aufgenommen, dann gilt es, ihn mit der äußersten Energie durchzuführen!

In einem Artikel, der, währenddem ich diese Zeilen niederschreibe, in der Chemnitzer Volksstimme erscheint (G. Sch. Die Krise und die Gewerkschaften), wird darauf verwiesen, daß die Gewerkschaften die Zeit der Handelskrisis, die sich für Streiks wenig eignet, zum inneren Ausbau der Organisation und zur Vertiefung der Agitation verwenden sollen. Das ist sehr wichtig. Während des industriellen Aufschwungs wurden die Massen schnell gewonnen; jetzt gilt es, sie in die Organisationen fest einzufügen. Auch muß eine Organisation sich bethätigen, wenn sie lebenskräftig erhalten werden soll. Es kann nicht die Aufgabe dieser Schrift sein, auf die Details der organisatorischen und agitatorischen Thätigkeit der Gewerkschaften einzugehen. In der Hauptsache hat Genosse Sch. in seinem Artikel aufgezählt, was zu thun sei: die Entwicklung der Werkstättenvertretung, Statistiken über die Verhältnisse im Beruf, Aufklärung über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, über die gewerkschaftlichen Kämpfe und über die Arbeiterschutzgesetzgebung. Mit der Arbeiterschutzgesetzgebung berühren wir aber ein Thätigkeitsgebiet, das meines Erachtens berufen ist, gerade während der Handelskrisis in hohem Maße die Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen.

Es handelt sich, wenn man die Sache allgemein nimmt, überhaupt um das Verhältnis der Gewerkschaften zur Gesetzgebung. Die Gewerkschaften sind keine parteipolitischen Organisationen, sie stehen Jedem ohne Unterschied der Parteirichtung offen, sie fragen bei Streiks nicht nach dem politischen Glaubensbekenntnis, — aber wer deshalb den Gewerkschaften

den Rat giebt, sich darum, was im Parlament geschieht, nicht zu kümmern, der kennt weder das Wesen, noch die Geschichte der Gewerkschaften. Gesetze wie Verbot der Kinderarbeit Einschränkung der Frauenarbeit, Regelung des Arbeitstages der Lohnformen, Bestimmungen über Unfallverhütung, wie auch die verschiedene Art der Arbeiterversicherung 2c. greifen direkt in jene Verhältnisse ein, um die sich die Thätigkeit der Gewerkschaften bewegt. Da können die Gewerkschaften nicht gleichgiltig bleiben, und sie haben denn auch noch stets und überall, wenn es sich um Arbeiterschutzgesetze handelte, dazu Stellung genommen. Aber auch andere Fragen der Gesetzgebung gehen die Gewerkschaften sehr wohl an. Sie haben z. B. nicht minder ein Interesse an der Handelspolitik, als etwa die Handelskammern. Was nützt es den Gewerkschaften, daß sie mit der größten Mühe, unter vielen Entbehrungen sich Lohnerhöhungen erkämpfen, wenn durch eine Steigerung der Lebensmittelzölle die ganze Lohnaufbesserung mit einem Schlag zu Gunsten der Agrarier wegeskamotiert wird?! Und selbst abgesehen von den einzelnen Gesetzen, ist schon allein die Frage der Zusammensetzung des Parlamentes den Gewerkschaften von Interesse. Der Beweis ist nicht weit zu suchen: gäbe es im deutschen Reichstag keine starke Sozialdemokratie, so wäre die Zuchthausvorlage Gesetz geworden.

Zur Zeit des industriellen Aufschwungs haben die Gewerkschaften im freien Kampf gegen das Unternehmertum Erfolge erzielen können; zur Zeit der Handelskrisis hindert sie ihre wirtschaftliche Schwäche daran — umsomehr müssen sie jetzt darnach streben, ihren politischen Einfluß geltend zu machen, um auf dem Wege der Gesetzgebung sich Vorteile zu verschaffen. Also, es genügt nicht, die Arbeiter über die bestehende Arbeiterschutzgesetzgebung aufzuklären; vor allem müssen die Gewerkschaften dafür Sorge tragen, daß auf das Parlament und die Regierung jener politische Druck ausgeübt wird, der nötig ist, um die Arbeiterschutzgesetzgebung weiter zu entwickeln, und in diesem Sinne ihre Mannschaften in Aktion treten lassen.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

„Aber wozu ist denn die Sozialdemokratie da? Vertritt diese nicht in vollem Maße die Interessen der Arbeiter in der Arbeiterschutzgesetzgebung wie in der Politik überhaupt? Was haben da noch die Gewerkschaften in Aktion zu treten?“ So höre ich fragen. Nun, ich meine, das Eine schließt das Andere nicht aus. Die Gewerkschaften finden in der Sozialdemokratie die parlamentarische Vertretung ihrer gesetzgeberischen Interessen, — in gleichem Maße hat die Sozialdemokratie seitens der Gewerkschaften eine kraftvolle Unterstützung ihrer parlamentarischen Aktion zu erwarten.

Die größte Leistung der deutschen Arbeiter seit dem Fall des Sozialistengesetzes ist die Entwicklung der Gewerkschaften. In der politischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts giebt es nichts, was damit in Bezug auf die Bedeutung für den proletarischen Klassenkampf auch nur im entferntesten hätte verglichen werden können. Die nunmehr ca. 700 000 Mitglieder der deutschen gewerkschaftlichen Kampforganisationen sind eine fest gegliederte Arbeiterarmee, die vor allem auf die sie umgebenden Arbeitermassen einen gewaltigen moralischen Einfluß ausübt. Wäre es nicht thöricht, wenn die Sozialdemokratie auf die Macht, welche durch die agitatorische Konzentration der Gewerkschaften zu irgend einem parlamentarischen Zweck entwickelt werden könnte, verzichten wollte?

Anderseits ist es unschwer, zu erkennen, daß die Gewerkschaften, wenn sie auf eigene Faust handeln wollten, niemals jenen parlamentarischen Einfluß erlangen könnten, wie die Sozialdemokratie. Das Berufsinteresse, auf dem die Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen beruht, wirkt desorganisatorisch, sobald es sich um Politik handelt. Auf sich selbst angewiesen, würden in Deutschland weder die Holzarbeiter noch die Metallarbeiter, noch die Tabakarbeiter und nur höchstens die Bergarbeiter einen Vertreter in den Reichstag schicken können. Die Sozialdemokratie hat gegenüber den Gewerkschaften den unauslöschbaren politischen Vorzug, daß sie alles, was die Berufe trennt, von vorn herein bei Seite läßt, zugleich das Gemeinsame des gewerkschaftlichen Kampfes in vollem Umfange erfaßt und ihm noch eine Menge anderer tief eingreifender Arbeiterinteressen hinzufügt.

Weil aber alle Gewerkschaften ein gleiches Interesse an der Sozialdemokratie haben, erreichen sie schließlich durch Vermittlung der Sozialdemokratie die beste politische Vertretung der einzelnen Berufsinteressen. Sieht man von den australischen Staaten ab, so gibt es in keinem Parlamente der Welt so viele Gewerkschaftsvertreter, wie im deutschen Reichstag. Niemand anders verdanken es die Gewerkschaften, als der Sozialdemokratie, die mit voller, klarer Absicht bestrebt ist, Gewerkschaftsvertreter in den Reichstag zu schicken.

Die deutsche Sozialdemokratie braucht am allerwenigsten, die politische Konkurrenz der Gewerkschaften, die Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein sind, zu befürchten. Im Gegenteil, mit dem Wachstum der Gewerkschaften muß auch der politische Einfluß der Sozialdemokratie wachsen — allerdings unter der Voraussetzung, daß sie es stets verstehen wird, die politische Initiative in allem zu ergreifen, was geeignet ist, das Interesse der Gewerkschaften in mehr oder weniger bedeutendem Maße in Anspruch zu nehmen.

Will die Sozialdemokratie dem durch die Handelskrisis stark gesteigerten politischen Interesse der Gewerkschaften Rechnung tragen, so muß sie sich vor allem der Frage des gesetzlichen Achtstundentages zuwenden. Die gesetzliche Beschränkung und Regelung der Arbeitszeit steht überhaupt im Vordergrund des gewerkschaftlichen Interesses, zur Zeit der steigenden Arbeitslosigkeit aber erst recht. Die sich rasch ansammelnde Armee von Arbeitslosen erschöpft nicht nur die Kassen der Gewerkschaften, sie übt vor allem einen gewaltigen Lohndruck aus. Die Arbeitslosigkeit bedingt einen wilden Konkurrenzkampf um Arbeit und Brot, und die Folge sind allgemeine Lohnherabsetzungen. Die Arbeitslosigkeit demoralisiert: sie treibt die kräftigeren, geschickteren Arbeiter zu einer erbitterten Konkurrenz gegen die weniger geschickten, die jüngeren gegen die älteren, die Söhne gegen die Väter. Darum gilt es, alles aufzubieten, um die Last der Arbeitslosigkeit möglichst zu verringern. Das läßt sich in sehr bedeutendem Maße durchführen, wenn es gelingt, die Unternehmer zu veranlassen, statt Arbeiter zu entlassen, die Arbeitszeit zu kürzen. In manchen Betrieben ist es auch jetzt üblich, lieber die Arbeitszeit zu kürzen, statt Arbeiter zu entlassen, doch in den meisten ist das umgekehrte der Fall. Oft spekuliert der Unternehmer geradezu darauf, daß eine Vermehrung der Arbeitslosen die Löhne drücken würde. Vielfach benutzt der

Unternehmer gern diese Gelegenheit, um ältere oder ihm unliebsame Arbeiter loszuwerden. Deshalb ist nicht zu erwarten, daß man in dieser Beziehung durch freie Uebereinkunft mit den Unternehmern viel erreichen würde, zumal die Pression seitens der Gewerkschaften gerade während der Handelskrisis weniger groß ist. Nötig ist also eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Die Einführung eines kurzen Normalarbeitstages ist während der Handelskrisis das beste Mittel zur Verhütung der Arbeitslosigkeit.

Ein gemeinsames Vorgehen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu Gunsten des Achtstundentags wäre unschwer herzustellen. Wie die Dinge stehen, müßte die Sozialdemokratie vor allem einen entsprechenden Gesetzentwurf ausarbeiten und für ihn die Dringlichkeit der parlamentarischen Verhandlung in Anspruch nehmen. Der sehr zahlreichen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehen Mittel genug zur Verfügung, um sich nicht ohne weiteres bei Seite schieben zu lassen. Sollte es ihr auch nicht gelingen, den Gesetzentwurf in kurzer Zeit auf die Tagesordnung zu bringen, so würde doch schon der Kampf um die Dringlichkeit des Antrags eine große agitatorische Wirkung ausüben, ja die Thatsache allein, daß die Sozialdemokratie einen Gesetzentwurf über den Achtstundentag einbringt, würde die breiteste Oeffentlichkeit beschäftigen. Neben dem Gesetzentwurf müßte selbstverständlich auch sonst durch Anträge und Interpellationen und anderes Eingreifen in die parlamentarischen Verhandlungen eine Agitation im gleichen Sinne entwickelt werden. Dahin gehört z. B. der Antrag auf Erhebungen über Arbeitszeit und Arbeitslohn, die Interpellation über die Handelskrisis ꝛc. Ebenso einleuchtend ist es, daß man sich nicht auf den Reichstag zu beschränken braucht, daß eine entsprechende Thätigkeit auch in den Landtagen und Gemeinderäten entwickelt werden müßte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch die Gewerkschaften in eine solche umfassende, allgemeine Agitation für den Achtstundentag mit hineingezogen worden wären. Sie würden nicht umhin können, die einschlägigen Fragen in ihren Versammlungen zu erörtern, und es auch gern thun, sie würden durch Klarlegung der Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Berufen, durch Statistiken über Arbeitszeit und Arbeitslohn ꝛc. die parlamentarische Aktion unterstützen und überhaupt ihrerseits mit aller Energie dahin wirken, in den breitesten Arbeiter-

massen das Interesse für den gesetzlichen Achtstundentag wachzurufen. Mögen nun die gesetzgeberischen Erfolge dieser Agitation auch sehr geringe sein, so würde sie doch gewiß zur Erweiterung und zur Befestigung der gewerkschaftlichen wie der politischen Organisation der Arbeiter und zur Einigung dieser beiden Formen des proletarischen Klassenkampfes eminent beitragen. Das ist es aber, worauf es ankommt. Es ist unsere Hauptaufgabe, stets nach neuen Mitteln, neuen Wegen, neuen Interessen zu suchen, um die Organisation des Proletariats, bald die gewerkschaftliche, bald die politische, oder beide zugleich vorwärts zu treiben. Durch Organisation gelangt das Proletariat zur politischen Herrschaft.

* * *

Die Geschichte des Kampfes der deutschen Sozialdemokratie um den gesetzlichen Normalarbeitstag ist ebenso alt wie die Existenz eines allgemeinen deutschen Parlaments. Schon in der ersten Session des Norddeutschen Reichstags 1867 versuchte es Schweitzer, einen Gesetzentwurf einzubringen, in dem u. A. der zehnstündige Normalarbeitstag verlangt wurde. Es gelang ihm aber nicht, die nötige Anzahl Unterschriften zusammenzubringen. Bei der Beratung der Gewerbenovelle 1869 wurde von unserer Seite abermals der Normalarbeitstag gefordert. 1877 wurde seitens unserer Reichstagsfraktion ein Arbeiterschutzgesetzentwurf eingebracht, in dem der zehnstündige Normalarbeitstag für Männer und der achtstündige für Frauen und Jugendliche verlangt wurde. 1884/85 kam ein neuer sozialdemokratischer Gesetzentwurf, der bereits den Achtstundentag für alle Arbeiter unter Tage und in kontinuierlichen Betrieben, sonst für Erwachsene den Zehnstundentag verlangte. Schließlich, als 1889 in Paris der Achtstundentag zur allgemeinen Forderung des Proletariats proklamiert wurde, nahm ihn die Partei in ihren 1890 eingebrachten Arbeiterschutzgesetzentwurf auf. Der Achtstundentag sollte darnach stufenweise in 7 Jahren durchgeführt werden.

1891 in Erfurt wurde der Achtstundentag in das Parteiprogramm als nächste gesetzgeberische Forderung aufgenommen. Dem Berliner Parteitag 1892 lagen bereits Anträge vor (Elberfeld, Halle), einen Gesetzentwurf über den Achtstundentag im Reichstage einzubringen bezw. den alten Entwurf zu erneuern. Die Anträge wurden der Fraktion „zur Erwägung" überwiesen. 1894 in Frankfurt a. M. gleichartige Anträge (Werdau, Essen, Elberfeld). Es kommt zu einer erregten Diskussion, da Rich. Fischer als parlamentarischer Berichterstatter den Grundsatz aufstellt, die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe im Einzelnen sei eigentlich Sache der Regierung, wir müssen uns, wenigstens bis auf weiteres, mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit bestimmter Gesetze begnügen. Später teilt Fischer jedoch mit, daß die Fraktion beschlossen habe, ihren alten Arbeiterschutzentwurf in revidierter Form einzubringen. Die Fraktion wird heftig angegriffen. „Zwei Jahre lang erwägt die

Fraktion schon und ist über die Erwägungen nicht hinausgekommen" (Mittag-Halle). R. Fischer wird wegen seiner ersten Aeußerung von seinem Fraktionsgenossen Em. Wurm desavouiert. Der Parteitag beschließt positiv, daß die Fraktion die gewünschten Anträge einzubringen habe. 1895 in Breslau wird das gleiche verlangt (Aachen, Teltow-Beeskow). Diesmal erklärt der parlamentarische Bericht, daß die vom vorigen Parteitag beschlossenen Anträge „bei jeder passenden Gelegenheit, besonders bei der Etatsberatung" zur Sprache gebracht wurden. Der Parteitag hat es allerdings etwas anders gemeint. Auf Vorschlag Bebels wird beschlossen, die neuen Anträge der Fraktion „zur Berücksichtigung" zu überweisen. 1896 in Gotha gibt es eine ganze Flut von Anträgen: Der vierte, fünfte, zwölfte und dreizehnte sächsische Wahlkreis und die Genossen in Barmen wollten die Frage der Agitation für den Achtstundentag auf die Tagesordnung des Parteitags setzen, der zweite Hamburger Wahlkreis, der zweite Berliner Wahlkreis, die Parteigenossen in Elberfeld wollen eine Diskussion über den Arbeiterschutz. Barmen beantragt eine allgemeine Agitation für den Achtstundentag, das gleiche beantragen der fünfte und sechste sächsische Wahlkreis in ausführlichen Resolutionen. Im Parlamentsbericht heißt es dagegen: „einem vielleicht nicht ganz glücklichen Beschlusse des vorigen Parteitages nachkommend", sei der Antrag eingebracht worden, „die verbündeten Regierungen zu ersuchen", einen Gesetzentwurf über den Achtstundentag auszuarbeiten. Em. Wurm als parlamentarischer Berichterstatter erklärt jetzt, einen Gesetzentwurf in den Einzelheiten auszuarbeiten, sei Sache der Regierung. In der Diskussion wird besonders die Rolle der Gewerkschaften bei der Erringung des Achtstundentages betont. Es wird beschlossen, daß die Partei nach wie vor mit dem größten Eifer für den Achtstundentag eintreten werde. 1897 zum Hamburger Parteitag wurden die sächsischen Anträge von mir persönlich erneut vorgebracht — sie kamen jedoch aus formalen Gründen nicht zur Verhandlung. Zugleich lag diesem Parteitag ein Antrag aus Magdeburg auf eine im Jahre 1898 vorzunehmende allgemeine Agitation zu Gunsten des Achtstundentages vor — der Antrag wurde abgelehnt. Indessen hieß es diesmal im parlamentarischen Bericht, der sozialdemokratische Achtstunden-Antrag — derselbe, den wir „einem vielleicht nicht ganz glücklichen Beschlusse" zu verdanken haben — habe einen überraschenden Erfolg gehabt. Die Diskussion habe gezeigt, daß „binnen weniger Jahre Fragen in den Kreis praktischer politischer Erwägungen einrücken, die vordem lediglich ein Gegenstand nebelhafter Schwärmerei oder einer ‚gewissenlosen Verhetzung' schienen". 1898 in Stuttgart wiederholten der vierte und sechste sächsische Wahlkreis die Anträge auf Einbringung eines Gesetzentwurfs über den Achtstundentag — die Anträge werden, nachdem Singer die Kompliziertheit der Geschäftsordnung des Reichstags erörterte, der Fraktion „als Material" überwiesen. Nun tritt eine Pause ein. 1899 und 1900 sind die Jahre der größten Erweiterung der Produktion. Der industrielle Aufschwung hat überhaupt den Streik als Kampfmittel der Arbeiter in den Vordergrund geschoben, zugleich wandte sich die Aufmerksamkeit mehr der Erhöhung der Arbeitslöhne, als der Kürzung der Arbeitszeit zu. Der 1898 erneuerte Fraktionsantrag kam nicht mehr zur Erörterung. Sein Text wurde 1900/1901, mit dem Anfang des zwanzigsten Jahr-

hunderts, geändert: jetzt wird die Regierung beauftragt, einen Antrag auf Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages auszuarbeiten, der in bestimmter Frist in einen achtstündigen übergehen soll.

Der Rückschritt in dem Verhalten der Fraktion ist unverkennbar. Das frühere freudige Drauflosgehen weicht einem Zögern und Zaudern. Daß aber das Interesse in der Partei wach bleibt, beweisen die stets wiederholten, bald hier, bald dort, an den verschiedensten Orten jedesmal auf's Neue aufgegriffenen Anträge. Diesem Druck weichend, findet die Fraktion einen Ausweg darin, daß sie die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs auf die Regierung abwälzt. Ein hübscher Widerspruch: die Regierung, der wir, wie soeben in Lübeck wieder beschlossen wurde, unser höchstes Mißtrauen bekunden durch prinzipielle Verweigerung des Budgets, wird von uns mit dem Mandat betraut, das wichtigste Arbeiterschutzgesetz zu entwerfen! Man kann sich auch denken, wie die Regierung, wenn sie sich damit ernstlich befassen wollte, sich des Antrags, einen zehnstündigen Arbeitstag zu schaffen, der achtstündig werden soll, entledigen würde.

Je größer die politische Bedeutung der Partei, desto größer die auf der Fraktion lastende politische Verantwortung, desto vorsichtiger wird ihr parlamentarisches Auftreten. Das ist sehr begreiflich. Darum, glaube ich, ist es überhaupt verfehlt, der Fraktion die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs über den Achtstundentag zu übertragen. Dieser wichtige Entwurf muß vielmehr Kollektivarbeit der Partei sein, er muß sich aus der öffentlichen Diskussion herausentwickeln. Und da Einer immer den Anfang machen muß, so lege ich einen von mir ausgearbeiteten Gesetzentwurf bei. Möge sich daran eine möglichst eingehende Kritik knüpfen. Ich will gern die Prügel auf mich nehmen. Aus der Kritik wird dann ein neuer Entwurf entstehen, der abermals seine Kritiker finden wird, bis wir schließlich einen Gesetzentwurf erhalten, der hieb- und stichfest ist. Diesen kann dann die Fraktion ohne Scheu dem Reichstage vorlegen.

Sehr zweckmäßig wäre es auch, wenn Parteivereine und Gewerkschaften den Entwurf zum Gegenstand der Diskussion in ihren Versammlungen machen wollten. Ich bitte, mir in solchen Fällen davon — per Adresse des Verlags — Mitteilung machen zu wollen.

Entwurf eines Gesetzes über den achtstündigen Normalarbeitstag.

§ 1. In allen der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betrieben sowie in allen Werkstätten und auf allen Arbeitsstellen und in allen sonstigen wirtschaftlichen Betrieben des Reichs, der Bundesstaaten und der Gemeinden, in der Produktion wie in dem Verkehr, dürfen Arbeiter, Gesellen, Lehrlinge, Angestellte, überhaupt alle Personen, die für ihre Thätigkeit zu Nutzen des Betriebs Lohn, Gehalt oder sonstiges Entgelt erhalten, innerhalb oder außerhalb der Betriebsstätte nicht länger als effektiv, d. h. ausschließlich der Ruhepausen, 8 Stunden innerhalb 24 Stunden, von 6 Uhr Morgens an gerechnet, beschäftigt werden. Im Bergbau gehört zur effektiven Arbeitszeit auch die Zeitdauer der Ein- und Ausfahrt. Für die Betriebe, in denen beim Inkrafttreten dieses Gesetzes die Arbeitszeit diese Norm übersteigt, wird eine Uebergangsfrist nach Maßgabe der weiteren Bestimmungen gewährt.

§ 1a. Die wirtschaftlichen Betriebe des Reichs, der Bundesstaaten und der Gemeinden werden hiemit, gleich den privaten Unternehmungen, unter Gewerbeaufsicht gestellt.

§ 2. Die tägliche Arbeitszeit jedes Beschäftigten soll durch mindestens eine einheitliche Ruhepause von einer Stunde unterbrochen werden. Kürzere Ruhepausen kommen für die Einstundenpause nicht in Anrechnung. Keine Ruhepause darf länger als eine Stunde dauern.[1]) Die einzelne Arbeitsschicht

---

[1]) Es wird damit bezweckt, eine einheitliche Arbeitszeit zu erreichen. Es soll vermieden werden, daß z. B. der Arbeiter Vormittags eine Schicht von 4 Stunden anzutreten hat und Nachts die zweite Schicht, oder daß die Zeit des Arbeiters durch mehrere kleine Schichten zersplittert wird. Zersplitterung der Arbeitszeit ist zugleich Zersplitterung der Mußezeit des Arbeiters und Zeitverlust, da der Arbeiter wiederholt den Weg nach der Fabrik machen muß und deshalb oft sogar vorzieht, stundenlang in der Fabrik zu warten, bis seine Schicht eintritt. Anderseits würde eine Zersplitterung der Arbeitszeit ungemein die Kontrole über die Einhaltung der Normalarbeitszeit erschweren. Dagegen soll selbstverständlich Niemand daran gehindert werden, neben der obligatorischen Einstundenpause, wie es jetzt üblich ist, auch kürzere Ruhepausen eintreten zu lassen.

darf nicht länger als 5 Stunden dauern.[2]) Als Ruhepause gilt jede Unterbrechung der Arbeit zwischen Beginn und Ende des Arbeitstages, oder bei kontinuierlichem Betrieb, innerhalb 24 Stunden, von 6 Uhr Morgens an gerechnet.

§ 2a. Wenn die tägliche Arbeitszeit regelmäßig im Laufe von mindestens einem Monat kürzer als 8 Stunden ist, so darf die obligatorische Ruhepause kürzer als 1 Stunde sein und zwar so, daß sie höchstens um 1/4 Stunde kürzer gehalten wird pro jede ganze Stunde, um welche der Arbeitstag kürzer als 8 Stunden ist. Sie beträgt demnach mindestens bei einem 7 stündigen Arbeitstag 3/4 Stunden, bei einem 6 stündigen 1/2 Stunde, bei einem 5 stündigen 1/4 Stunde und verschwindet, wenn die Arbeitszeit nur 4 Stunden oder weniger innerhalb 24 Stunden ist.

§ 3. In allen Werkstätten oder Fabriken, Hütten, Bergwerken, Salinen 2c., auf allen Bau- und sonstigen Arbeitsplätzen, in der Produktion wie in dem Verkehr, überall, wo mehr als eine Person zugleich gegen Entgeld beschäftigt wird, soll die Arbeitszeit zu gleicher Zeit für alle Beschäftigten beginnen und aufhören und die Ruhepause zu gleicher Zeit stattfinden. In jedem Arbeitsraum und auf jedem freien Arbeitsplatz an geschützter Stelle, in allen Fällen allgemein zugänglich und weit sichtbar, müssen in großer, von der Ferne lesbarer Schrift Beginn und Ende der Arbeitszeit sowie Beginn und Ende jeder einzelnen Ruhepause bekannt gemacht werden. Die Anordnung der Arbeitszeit muß an allen Arbeitstagen die gleiche sein, d. h. sie muß zu denselben Tagesstunden beginnen, aufhören, wiederbeginnen 2c. Eine Aenderung dieser Disposition des Arbeitstags ist nur für größere Zeiträume z. B. für den Winter, für den Sommer, für Weihnachten, Ostern, nach Einwilligung der Gewerbeaufsichtsbehörden gestattet. Diese Aenderungen müssen ebenfalls in der oben angegebenen Weise bekannt gemacht werden. Die Fabrikuhr ist nach der öffentlichen Uhr zu richten.

Den Gewerbeaufsichtsbehörden ist gestattet, den Arbeitstag für einzelne Gewerbearten oder einzelne Ortschaften einheitlich zu regeln. Diesen Anordnungen entsprechend sind dann die Unternehmer verpflichtet, den Antritt der Arbeit,

---

[2]) Der Zweck des achtstündigen Arbeitstages ist, Ueberanstrengung des Arbeiters zu vermeiden. Es ist aber Ueberanstrengung, wenn Jemand länger als 5 Stunden ununterbrochen arbeitet.

den Austritt aus der Arbeit sowie die Ruhepausen zu den von den Behörden vorgeschriebenen Stunden stattfinden zu lassen.[3])

§ 4. Das Ersuchen um Beschäftigung eines Teils des Personales während der gemeinsamen Ruhepause darf ausnahmsweise von den Gewerbeaufsichtsbehörden genehmigt werden, wenn die Betriebstechnik es unvermeidlich macht.

In jedem derartigen Betrieb soll für die Tagesarbeit und für die Nachtarbeit im besonderen eine namentliche Liste der Arbeiter (beiderlei Geschlechts) geführt werden, die in den Ruhepausen beschäftigt werden, unter genauer Bezeichnung der von Jedem auszuführenden Arbeiten und der Zeitangabe über den Beginn und das Ende der Ruhepause, an welcher er beschäftigt wird. Diese Listen unterliegen in Bezug auf die gewählten Arbeitsverrichtungen wie auf die Zahl der Beschäftigten der Bewilligung der Aufsichtsbehörde. Namentliche und sachliche Aenderungen an ihnen bedürfen für jeden einzelnen Fall der Einwilligung der Aufsichtsbehörde. Niemand darf außerhalb seiner achtstündigen Arbeitszeit zur Arbeit während der Ruhepause veranlaßt werden. Jedem, der während der gemeinsamen Ruhepausen Arbeiten zu verrichten hat, muß eine besondere einheitliche Ruhepause von 1 Stunde innerhalb seiner achtstündigen Arbeitszeit gewährt werden. Im übrigen dürfen auch für diese Arbeiter die Bestimmungen der vorangehenden Paragraphen nicht verletzt werden. Für die Arbeiten während der Ruhepausen dürfen nicht mehr Personen vorgemerkt werden, als zur Ausführung der respektiven Arbeiten unerläßlich sind, und die gleiche Zahl als Ersatzleute.

---

[3]) Wird erst überall die Normalarbeitszeit durchgeführt, so muß sich daraus ein Normalarbeitstag mit gleichem Zeitbeginn und gleichem Tagesschluß der Arbeit entwickeln. Das liegt im Interesse der Produktion und des Verkehrs, vor allem aber im Interesse der Arbeitermassen. Nicht nur die öffentliche Bethätigung der Arbeitermassen wird dadurch beeinträchtigt, daß die eine Fabrik früher schließt, die andere später, sondern noch mehr das Familienleben. Außerdem würde die Einführung eines normalen Arbeitstages die Kontrole über die Einhaltung der normalen Arbeitszeit ungemein erleichtern. Schon jetzt hat sich gewohnheitsmäßig an den einzelnen Orten und in den einzelnen Berufen eine annähernde Gleichmäßigkeit im Zeitbeginn des Arbeitstages herausgebildet. Wir müssen es aber soweit bringen, daß spätestens um 5 Uhr nachmittags jede Arbeit aufhört, die Fabriken, mit Ausnahme der konzessionierten Unternehmungen mit kontinuierlichem Betrieb, geschlossen werden.

§ 4a. Bei plötzlichen Naturstörungen und Unglücksfällen ist eine zeitweilige Verlängerung der Arbeitsschicht gestattet, jedoch ist der Gewerbeaufsichtsbeamte sofort davon in Kenntnis zu setzen, der nach unverzüglicher Einsichtnahme in die Verhältnisse das Weitere zu bestimmen hat.

§ 5. Für die Uebertretung der vorstehenden Gesetzesbestimmungen wird der Eigentümer des Betriebs im ersten Fall mit 100 Mark bestraft, im zweiten Fall mit 200 Mark, im dritten mit 400 Mark und in der gleichen Progression weiter steigend.

§ 6. Außerdem hat der Unternehmer bei Ueberschreitung des vorgeschriebenen Achtstundentages an jeden Arbeiter den zweifachen Lohn der von ihm geleisteten Ueberzeitarbeit zu bezahlen.[4]) Die Berechnung geschieht bei Zeitlohn nach Stunden, wobei jede überschrittene Viertelstunde als volle Arbeitsstunde gilt, bei Stücklohn nach dem in dem betreffenden engeren Beruf in der Unternehmung vorkommenden höchsten Zeitlohn.

Alle Abmachungen zwischen den Eigentümern der Betriebe und den Arbeitern, welche eine andere Entlöhnung der den Normalarbeitstag überschreitenden Arbeitszeit bedingen oder auf eine andere Weise die Bestimmungen dieses Paragraphen zu beseitigen, zu umgehen oder abzuschwächen geeignet sind, sind ungiltig.

---

[4]) Die Ueberschreitung der normalen Arbeitszeit wäre nicht nur eine Verletzung des Gesetzes; sie ist zugleich eine Verschwendung der Arbeitskraft des Arbeiters, der Ruin seiner Gesundheit. Wie jeder müde Mensch, muß sich der Arbeiter, der bereits seine 8 Stunden Arbeit hinter sich hat, doppelt und dreifach anstrengen, um noch in der 9. Stunde die gleiche Arbeitsleistung herauszubringen, wie in der ersten. Die regelmäßige Ueberzeitarbeit führt dazu, daß die Leistungsfähigkeit des älteren Arbeiters viel zu früh zu versagen beginnt: die Ueberanstrengung ist wie eine Schuld, die nach Jahren mit Zinsen und Zinseszinsen bezahlt werden muß. Die Ueberzeitarbeit vermehrt die Unfälle: der Arbeiter bezahlt sie mit seinem Leben und seinen Gliedmaßen. Der Unternehmer, der, die Notlage des Arbeiters ausnützend, ihn zur Ueberzeitarbeit zwingt, handelt schlimmer, als der schlimmste Wucherer: die Vorteile, die er aus der Ueberzeitarbeit des Arbeiters zieht, stehen in gar keinem Verhältnis zu den Verlusten, welche dieser dabei erleidet. Wenn das Gesetz die Unternehmer auf eine normale Arbeitszeit verpflichtet, so muß es auch die Forderungen der Arbeiter aus der Ueberschreitung der normalen Arbeitszeit anerkennen, d. i. mindestens, daß bei der Ueberzeitarbeit neben dem Lohn auch die Ueberanstrengung vergütet wird.

§ 7. Der Gewerbeaufsichtsbeamte ist befugt, nach zweimaliger Verwarnung bei vorkommenden Uebertretungen, zur Erleichterung der Kontrole die ihm geeignet erscheinenden technischen Anordnungen, wie z. B. Einstellen des Motors während der Ruhepausen, Absperren des Gases nach einer bestimmten Tagesstunde ꝛc., zu treffen, soweit damit nicht ein erheblicher Schaden für den Betrieb verbunden ist. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden, unbeschadet der sonst verwirkten Strafen, im ersten Fall mit 100 Mark, im Wiederholungsfalle mit 200 Mark, im dritten Fall mit 400 Mark und in der gleichen Progression weiter steigend bestraft.

§ 8. Die Lohnforderungen der Arbeiter aus der Ueberschreitung des gesetzlichen Normalarbeitstages nach Maßgabe des § 6 dieses Gesetzes unterstehen der Gerichtsbarkeit der Gewerbegerichte und sind auch sonst in jeder Beziehung wie gewöhnliche, aus dem Arbeitsvertrag entspringende Lohnforderungen zu behandeln.

Uebergangsbestimmungen.

§ 9. Dieses Gesetz gilt sofort nach seiner Verkündigung für alle Betriebe, in denen in den letzten 12 Monaten vor der Veröffentlichung des Gesetzes die Mehrzahl der Arbeiter, männlichen und weiblichen Geschlechtes, in der Regel 8 Stunden oder weniger täglich beschäftigt waren. [5])

§ 10. In allen Betrieben, in welchen in den letzten 12 Monaten vor der Verkündigung dieses Gesetzes die Mehrzahl der Arbeiter beiderlei Geschlechts länger als 8 Stunden täglich bezw. innerhalb 24 Stunden, gerechnet von 6 Uhr morgens, beschäftigt waren, wird die tägliche Arbeitszeit, soweit sie nicht 10 Stunden übersteigt, zuerst innerhalb 3 Monate seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes und dann jährlich um $^1/_2$ Stunde gekürzt, bis der achtstündige Normalarbeitstag erreicht wird; dabei wird die tägliche Arbeitszeit stets auf ganze und halbe Stunden abgerundet. Die Jahresrechnung beginnt mit dem ersten Tag des Januar, der der Veröffentlichung dieses Gesetzes nachfolgt.

---

[5]) Das letzte Jahr vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ist deshalb zum Richtmaß genommen worden, weil sonst die Unternehmer den Versuch machen könnten, unmittelbar vor dem Erlaß des Gesetzes die Arbeitszeit zu erhöhen.

In den Betrieben, in welchen die Arbeitszeit mehr als 10 Stunden täglich beträgt, wird diese innerhalb 3 Monate seit der Publikation dieses Gesetzes auf 10 Stunden reduziert.

Es ergeben sich nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen folgende Uebergangsfristen:

	Arbeitstag				
z. Z. der Publikation dieses Gesetzes	innerhalb 3 Monat. nach der Publikat.	nach Verlauf des **1.** Jahres v. 1. Jan. nach d. Publikation bis z. 31. Dez.	nach Verlauf des **2.** Jahres	nach Verlauf des **3.** Jahres	nach Verlauf des **4.** Jahres
Ueber 10 Std.	10	$9^1/_2$	9	$8^1/_2$	**8**
$9^1/_2$—10 "	$9^1/_2$	9	$8^1/_2$	**8**	8
9—$9^1/_2$ "	9	$8^1/_2$	**8**	8	8
$8^1/_2$—9 "	$8^1/_2$	**8**	8	8	8
8—$8^1/_2$ "	**8**	8	8	8	8

§ 11. Behufs Durchführung dieses Gesetzes wird eine auf alle Gewerbebetriebe sich erstreckende Erhebung über die übliche Arbeitszeit vorgenommen.[6]) Die Eigentümer der Betriebe wie die Angestellten und Arbeiter sind verpflichtet, wahrheitsgemäß die Fragen der Erhebungsbeamten zu beantworten, sowie ihnen Einsicht in die Geschäfts- und Lohnbücher zu gewähren.

§ 12. Wissentliche Irreführung der Erhebungsbeamten wird in jedem einzelnen Fall mit Geldstrafe nicht unter 1000 Mark bestraft.

§ 13. Die Weigerung, die von den Erhebungsbeamten vorgelegten Fragebogen zu beantworten, sowie Irreführung der Erhebungsbeamten aus Leichtsinn oder Fahrlässigkeit wird mit 100 Mark bis 2000 Mark bestraft.

§ 14. Die Gewerbeaufsichtsbehörden sind befugt, die im § 10 angegebenen Uebergangsfristen für einzelne Betriebe, Gewerbearten und Ortschaften abzukürzen.

Auf Antrag der Majorität der Betriebseigner einer Gewerbeart an einem bestimmten Orte sind sie verpflichtet, es zu thun.

§ 15. Soweit nicht ausdrücklich Ausnahmen gemacht worden sind, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes auf die Betriebe mit längerer als achtstündiger Arbeitszeit auch dort Anwendung, wo das nicht besonders hervorgehoben worden ist.

---

[6]) Ueber diese Erhebung, welche die praktische Grundlage der Durchführung des achtstündigen Normalarbeitstages bildet, muß ein besonderes Gesetz erlassen werden. Sie kann auch unabhängig vom Achtstundengesetz stattfinden und würde in diesem Falle wertvolles Material zum Aufbau des Gesetzes selbst liefern.

Nachwort zur Erläuterung.

Die Aufgabe war, ein Gesetz zu entwerfen, das ohne weiteres in die bestehende Arbeiterschutzgesetzgebung des Deutschen Reiches eingefügt werden könnte. Diese Gesetzgebung ist sowohl in Bezug darauf, was sie den Arbeitern bietet, wie auf die Art, wie sie die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen sichert, weit davon entfernt, den Wünschen der Arbeiter zu entsprechen. Es war aber nicht ratsam, in das Achtstundengesetz neue organisatorische Bestimmungen, z. B. in Bezug auf die Gewerbeinspektion, aufzunehmen. Dadurch wäre die Sache nur verwickelter und die bürgerlichen Parteien würden die Gelegenheit benützen, um wegen Sachen, die zwar an und für sich wichtig, aber in unserem Fall erst in zweiter Linie in Betracht kommen, sich um den Kernpunkt des Ganzen, den achtstündigen Normalarbeitstag herumzudrücken. Die von mir vorgeschlagenen Bestimmungen, glaube ich, genügen, um die Durchführung des Achtstundentages, falls die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ein wachsames Auge auf die Einhaltung des Gesetzes haben, zu sichern. Die Reorganisation der Gewerbeaufsicht und der sonstige Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung müssen Sachen für sich bleiben. Jeder Erfolg, den wir in dieser Beziehung erzielen, würde aber gewiß auch dem Achtstundentag zugute kommen.

Nirgends vielleicht läßt sich der gesetzliche Achtstundentag so ohne Schädigung der kapitalistischen Interessen durchführen, wie im Handelsgewerbe. Werden alle gleich verpflichtet, ihre Läden zu einer bestimmten Tagesstunde zu schließen, so spielt sich das ganze Kaufgeschäft bis zu dieser Tagesstunde ab. Die Hindernisse liegen hauptsächlich in der sozialpolitischen Trägheit der im kaufmännischen Geschäft beschäftigten Angestellten und Arbeiter. Und da, glaube ich, sind wir es den fortgeschrittenen Industriearbeitern schuldig, daß wir ihren zielbewußten Kampf um bessere Arbeitsbedingungen nicht dadurch erschweren, daß wir ihnen das Bleigewicht einer Arbeiterschicht, die noch selbst meistens ihrem Schicksal interesselos entgegensieht, anhängen.

Wir müssen uns auf die Industrie konzentrieren. Hier wird die entscheidende Schlacht zwischen dem organisierten Proletariat und dem konzentrierten Kapital geschlagen; das andere wird dann nachgeholt. Ist erst der Achtstundentag

in der Industrie durchgeführt, so wird das seine Nachwirkung auf das Handelsgewerbe, wie auch auf die Hausindustrie, wie auch auf die Landwirtschaft nicht verfehlen. Vor allem aber muß Bresche geschlagen werden, und da muß alles weggelassen werden, was geeignet wäre, die Wucht des Angriffes zu lähmen.

Die kürzeste Arbeitszeit haben jetzt jene Arbeiter, die sich sie erkämpft haben, die, gestützt auf ihre gewerkschaftliche Organisation, mit zäher Ausdauer nach und nach die Arbeitsstunden reduziert haben. Es wäre widersinnig, ihnen zu erklären: „Weil ihr so mächtig für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit vorgearbeitet habt, deshalb wartet jetzt, bis die anderen, die zurückblieben, euch nachkommen; begnügt euch vorerst mit einem zehnstündigen Normalarbeitstag, obwohl ihr selbst euch bereits den neunstündigen Arbeitstag erkämpft habt.“ Nein, gerade die Arbeiter, die am meisten für die Kürzung der Arbeitszeit gewerkschaftlich vorgekämpft haben, gerade diese haben das größte Interesse daran, daß ihre gewerkschaftlichen Errungenschaften durch das Gesetz gesichert und auf das ganze Gewerbe übertragen werden. Darum muß das Gesetz über den Normalarbeitstag sich mit einer Normierung und Kürzung der Arbeitszeit in allen Betrieben einführen. Das wird erreicht durch die von mir vorgeschlagene Staffelung. Vor allem Sicherung dessen, was von den Gewerkschaften erkämpft worden ist. Ein Zurück giebt es nicht mehr: die einmal gekürzte Arbeitszeit kann nach Erlaß des Gesetzes nicht mehr verlängert werden. Sodann ergiebt sich der eigentliche Zweck des Gesetzes von selbst: die jetzt herrschende äußerste Mannigfaltigkeit der Arbeitszeit nach und nach auf die gleiche Einheit, den achtstündigen Normalarbeitstag zu reduzieren.

Wird so das gesamte Gewerbe zugleich von der Bewegung zur Kürzung und Regelung der Arbeitszeit erfaßt und ist die regelmäßige Entwicklung dieser Bewegung bis zur Erreichung des Achtstundentages gesetzlich gesichert, so kann man in Bezug auf das Tempo der Bewegung desto liberaler sein. Da kommt es nicht mehr darauf an, ob es ein Jahr mehr oder ein Jahr weniger dauert, bis das Ziel erreicht ist. Im Gegenteil, man könnte dann sogar mit gewissem Recht den Grundsatz aufstellen: je langsamer, desto besser. Nicht aus Rücksicht auf die Unternehmer, sondern aus Rücksicht auf die Arbeiter. Wir müssen dabei die Taktik

der Gewerkschaften befolgen: diese gehen sehr allmählich mit der Kürzung der Arbeitszeit vor, weil sie sich wohl bewußt sind, daß sie dann am leichtesten einer Reduktion der Arbeitslöhne entgegenwirken können. Auf die Wechselwirkung mit den Gewerkschaften kommt es auch direkt bei der Durchführung des achtstündigen Normalarbeitstages an.

Jetzt teilt sich der gewerkschaftliche Kampf in Kürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Arbeitslöhne. Die gewerkschaftliche Macht konzentriert sich an einzelnen Orten. Wo die Gewerkschaften am stärksten sind, haben sie die größten Erfolge; aber diese Erfolge werden stets bedroht durch den Zuzug von Arbeitern aus der Provinz, die an schlechtere Arbeitsverhältnisse gewöhnt sind. Wenn nun die regelmäßige Kürzung der Arbeitszeit gesetzlich gesichert wird, so werden die Gewerkschaften ihre ganze Energie auf die Lohnbewegung konzentrieren. Sie können das umsomehr, als das Gesetz für das ganze Land bis auf den letzten Provinzwinkel gilt. Sie wissen auch im voraus genau, womit sie zu rechnen haben und brauchen sich nur Schritt für Schritt der vorgeschriebenen Entwicklung anzupassen. Wenn nun die deutschen Gewerkschaften aus eigener Kraft in manchen Berufen und an vielen Orten sich fast bis zum neunstündigen Arbeitstag durchgerungen und dabei die Löhne bedeutend erhöht haben, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie es unter den angegebenen Verhältnissen, begünstigt vom Gesetze, zu Stande bringen werden, daß die jährliche Verminderung der Arbeitszeit um eine $^1/_2$ Stunde schon jedenfalls ohne Verminderung des Tagelohnes bezw. bei entsprechender Erhöhung des Stundenlohnes vor sich gehen werde. Unter diesen Umständen kann das wichtigste Bedenken der Arbeiter gegen den Achtstundentag, die Befürchtung einer Lohnverminderung als beseitigt gelten. Schaffen wir erst das Gesetz — für das Uebrige sorgen die Gewerkschaften, sorgen unsere Organisationen überhaupt.

Die Gesetzgebung ist keine Wünschelrute, die selbst alles zum besten lenkt. Selbst wenn das vorgeschlagene Gesetz angenommen wird, werden wir große Kämpfe durchzukämpfen haben, um den Widerstand der Unternehmer, ihre Schliche und Kniffe bei der Durchführung des Achtstundentages zu beseitigen. Aber wir haben auf Grundlage dieses Gesetzes alle Aussichten, den Kampf siegreich durchzuführen. Da in der Industrie in Deutschland gegenwärtig die effektive Arbeits-

zeit von 9½ und 10 Stunden vorherrscht, so hätten wir also hier in drei bis vier Jahren nach Annahme des Gesetzes den Achtstundentag als vorherrschende Arbeitszeit!

Ich weiß, daß eine scharfe Kritik in meinem Entwurf viele Mängel entdecken wird. Ich suche diese Kritik. Je schärfer, desto lieber. So erst kämen wir dazu, ein Gesetz zu schaffen, das dem Raffinement der kapitalistischen Auslegekunst trotzen könnte.

Es ist Mode geworden, die Praxis der Theorie gegenüber hervorzukehren. Ich hege in die Vernunft der Praxis, die glaubt, auf die allgemeinen Gesichtspunkte verzichten zu müssen, um praktisch zu sein, sehr wenig Vertrauen. Aber immerhin, hier ist ein praktischer Vorschlag — mögen nun die Genossen, die sich ihrer durch Theorie ungetrübten praktischen Erkenntnisse rühmen, daran ihren Witz versuchen.

Ich wende mich auch an die Herren Sozialreformer: statt die Arbeiter durch allerlei Phantastereien über ihre Macht und Möglichkeiten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu foppen, wollen sie doch gefälligst zu diesem, doch durchaus auf „realpolitischem“ Boden stehenden Vorschlag der Durchführung des Achtstundentages Stellung nehmen.

Und dieses zum Schluß: der Achtstundentag würde keinen geringeren Impuls dem proletarischen Klassenkampf geben, als das allgemeine Wahlrecht. Das allgemeine Wahlrecht, das die Arbeiter zur Wahlurne ruft, hat ihnen gezeigt, daß sie durch ihre Zahl die herrschende politische Macht werden könnten, der Achtstundentag, der den Kopf des Arbeiters freimacht, würde ihm zeigen, wie er diese Macht zu gebrauchen hat.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Verlag von M. Ernst, München.

Es werde Licht. Poesieen von Leopold Jacobh. 4. Auflage. 8°. 136 Seiten, hochfein ausgestattet. Mit dem Bildniß des Verfassers. Elegant gebunden Mk. 2.—, brosch. Mk. 1.50. 5 Lieferungen à 30 Pfg.

Dieses Buch hat mannigfache Schicksale erlebt. Bei seinem Erscheinen im Dezember 1871 völlig unbeachtet geblieben, oder von der Kritik bewußt todtgeschwiegen, wurde ihm am 23. Oktober 1878 die Ehre zu Theil, als erstes Buch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes verboten zu werden. Trotz des Verbots erlebte es unter dem Sozialistengesetz eine dritte Auflage. Aber erst in den letzten Jahren erfuhr dem bedeutendsten Dichtwerk, das die moderne Sozialdemokratie hervorbrachte, jene Würdigung, die ihm gebührt. Die vierte Auflage, welche sowohl in Druck und Papier, als auch in schönem, elegantem Arrangement in würdiger Weise dem Inhalt entspricht, enthält zum ersten Male die ausführliche Geschichte der Entstehung des Buches.

Aus dem Klassenkampf. Soziale Gedichte. Herausgegeben von Eduard Fuchs, Karl Kaiser, Ernst Klaar. 136 Seiten, hochfein ausgestattet, brosch. Mk. 1.—, gebd. Mk. 1.50. 5 Lieferungen à 20 Pfg.

Diese Gedichtsammlung der durch ihre Mitarbeiterschaft am „Südd. Postillon" bekannten Verfasser ist von denselben dem klassenbewußten Proletariat zugeeignet. Das Werk enthält eine Auswahl ihrer prägnantesten Lieder und Epigramme. Der größte Theil der Gedichte eignet sich in hervorragender Weise zum Vortrag. Um die Anschaffung jedem Arbeiter zu ermöglichen, hat der Verlag trotz der hocheleganten Ausstattung den Preis unverhältnißmäßig nieder gestellt.

Gelegenheitsgedichte und Prologe für Arbeiterfeste, mit einem Anhang: Winke für Redner und zwei Entwürfen für Festreden von Manfred Wittich. 2. verbesserte und vermehrte Auflage. 8°. 8 Bogen. Preis 75 Pfg. In Leinwand gebd. Mk. 1.30.

Sehr brauchbar für jeden Arbeiter, welcher in irgend einer Organisation thätig ist.

Gedanken eines arbeitslosen Philosophen. Mit Vignetten versehen von R. Grimm. 8°. 72 S. brosch. 60 Pf., geb. M. 1.—, eleg. ausgestattet.

In acht Abschnitten hat uns der arbeitslose Philosoph gar viel zu sagen, über die bürgerliche Moral wie über die Frauenfrage, über die Frommen, wie über den Militarismus und sonst noch was. Richard Grimm hat zu jedem Theil eine originelle Titelvignette gezeichnet und J. Damberger steuerte ein schwermüthiges Bildchen bei, auf dem wir den armen sinnenden Philosophen selbst erblicken. Der Verleger hat es auch an nichts fehlen lassen — da müßte es wunderbar zugehen, wenn das Werkchen nicht bald in jeder Proletarierbibliothek sich fände. Und es wird auch gelesen werden!

(Leipziger Volkszeitung.)

Ein königliches Mahl. 12. Aufl. Ein Lied aus der Gegenwart von Eduard Fuchs. 8°, 20 Seiten, hochfeines Papier, zweifarbiger Druck. Preis 10 Pfg.

Während der Reise des Zaren Alexander III. nach dem Süden versammelten sich unweit Charkow mehrere Tausend hungriger Bauern, um gegen die Mißbräuche zu petitioniren. Sie legten sich auf die Schienen nieder und weigerten sich, sich zu erheben, bis der kaiserliche Zug anlangte. Es entspann sich ein Kampf zwischen den längs der Bahnlinie postirten Soldaten und den Bauern, welcher den Tod von 15 Soldaten zur Folge hatte. 42 Bauern wurden entweder von den Kugeln der Soldaten getödtet oder von dem kaiserlichen Zuge zermalmt. Diesem schaurigen Ereigniß galt die wuchtige Dichtung, von der nun bereits die zwölfte Auflage vorliegt.

G. von Vollmar. Ueber die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie.

Die Auslassungen Vollmar's über dieses Thema, ursprünglich nur aus den vielgenannten Eldoradoreden bestehend, denen in der zweiten Auflage noch hinzugefügt ist: „Vom Optimismus". 4 Aufsätze, erschienen in der „Münchener Post" vom 1.—4. August 1891, sowie die auf dem Parteitag in Erfurt gehaltenen Reden Vollmars, sind für Jeden, der sich für die Entwicklungsgeschichte der sozialdemokratischen Partei interessirt, von großem Werth.

O welche Lust Soldat zu sein! 41 bis 50stes Tausend. Zweite umgearbeitete und vermehrte Auflage. 8°. 96 Seiten. 50 Pfg.

Als diese Agitationsbroschüre gegen den Militarismus in seinem kulturschädigenden Auftreten zum ersten Male erschien, war der Beifall dermaßen groß, daß in weniger als einem Jahre gegen 40,000 Exemplare abgesetzt wurden. Diese Thatsache beweist, wie richtig das Urtheil verschiedener Kritiker war, die dieses Werk als die treffendste und wirkungsvollste Agitationsbroschüre gegen den Militarismus bezeichnet haben. Die vorliegende 2. Auflage ist bedeutend vermehrt und um einige sehr interessante Kapitel erweitert, so daß die Broschüre auch für die von großem Interesse ist, die schon die 1. Auflage besitzen.

Die hier angekündigten Werke sind zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag **M. Ernst, München.**

Auf Verlangen gratis und franko versandt.

Verlag von M. Ernst, München.

„Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze."

Im Drucke befinden sich:

16. Heft: **Die Sklavenaufstände des Alterthums.**
Vom sozialen Gesichtspunkte aus dargestellt von **Ernst Frank.**

17. Heft: **Das Weib, ihr unglückliches Schicksal, ihr Glück in der zukünftigen Gemeinschaft** von **Cabet.** Mit einem Vorwort von Frau Dr. Adams-Lehmann (München).

18. Heft: **Kleiner Katechismus der Sozialreform** von **Richard Lahautiere.**

Eine Erinnerungsgabe an das Jahr 1848.

Dieses **interessante Werk** enthält zahlreiche **Karikaturen,** die während der

1848er Volksbewegung

erschienen waren, jetzt aber nur noch in Sammlungen existieren, teilweise überhaupt vergriffen sind.

Für Sammler 2c. ist dieses eigenartige Werk **von großem Interesse!**

Preis in vornehm ausgestatteter Mappe bezw. broschirt ist incl. der 16 Extrabeilagen Mk. 2.50. Auch zu beziehen in 6 Lieferungen à 45 Pfg.

In eleganter Leinwandmappe Mk 4.—

Ausführlicher Prospekt gratis.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.